
LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht 2011

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1 Jahresabschluss	5
1.1 Vermögensrechnung	5
1.2 Gesamtergebnisrechnung Wiesbaden und AKK	7
1.3 Gesamtfinanzrechnung.....	8
2 Rechenschaftsbericht	9
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen.....	10
2.3 Strategien und Ziele.....	11
2.4 Haushaltsplan 2011	12
2.5 Vorläufige Haushaltsführung	13
2.6 Ergebnissituation	13
2.6.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	13
2.6.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan-Ist Vergleich.....	17
2.7 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte	19
2.7.1 Dezernat I	20
2.7.2 Dezernat II	21
2.7.3 Dezernat III	22
2.7.4 Dezernat IV	23
2.7.5 Dezernat V	24
2.7.6 Dezernat VI	26
2.7.7 Dezernat VII.....	27
2.7.8 Allgemeine Finanzwirtschaft	28
2.8 Entwicklung der Finanzlage	29
2.9 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	31
2.10 Chancen	32
2.11 Risiken	32
2.12 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2011 sowie Ausblick	36
2.13 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	38
3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss	41
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung.....	41
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	41
3.1.2 Sachanlagevermögen.....	42
3.1.3 Finanzanlagen	45
▪ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	45
▪ Weiteres Finanzanlagevermögen.....	47
3.1.4 Umlaufvermögen	48
▪ Vorräte.....	48
▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	48
▪ Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	48
▪ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	49
▪ Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	49
▪ Sonstige Vermögensgegenstände	50
▪ Wertpapiere des Umlaufvermögens	51
▪ Flüssige Mittel.....	51
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	51

Jahresabschluss 2011

3.1.6	Eigenkapital	52
3.1.7	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	52
3.1.8	Rückstellungen	53
3.1.9	Verbindlichkeiten	54
	▪ Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2011	54
	▪ Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	54
	▪ Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	55
	▪ Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen	55
	▪ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	55
	▪ Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	55
	▪ Sonstige Verbindlichkeiten	56
3.1.10	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	57
3.2	Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	58
3.2.1	Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	58
3.2.2	Restmittel und Überleitungen	58
3.2.3	Ergebnisverwendung	58
3.3	Erläuterungen zur Finanzrechnung	59
3.3.1	Einleitung	59
3.3.2	Erläuterung der erheblichen Unterschiede	59
3.4	Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	61
3.4.1	Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen	62
3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	62
3.5	Rechtliche Grundlagen	63
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis	64
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	68
3.8	Haftungsverhältnisse	69
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	70
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	71
4	Tabellenteil	75
4.1	Anlagenspiegel	75
4.2	Forderungsspiegel	76
4.3	Verbindlichkeitspiegel	76
4.4	Eigenkapitalspiegel	77
4.5	Rückstellungsspiegel	78
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel	79
4.7	Gesamtergebnisrechnung Wiesbaden	80
4.8	Gesamtergebnisrechnung AKK	81
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	82
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen	90

Vorwort



Das abgelaufene Haushaltsjahr wurde noch von den Auswirkungen der Finanzkrise beeinflusst, hielt aber gleichzeitig Herausforderungen auf dem Weg zur Demographiefestigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden bereit. Hierzu zählen unter anderem die Bereitstellung ausreichender und qualitativ hochwertiger Plätze in der Kinderbetreuung, Investitionen in bezahlbare Wohnungen und erneuerbare Energien. Vor diesem Hintergrund galt es klug zu wirtschaften und gleichzeitig in Wiesbadens Zukunft zu investieren.

Im Hinblick auf die schwierige Prognose angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise und weil Vorhersagen zur langfristigen Einnahmesituation und zu den Auswirkungen der aktuellen Bundes- und Landesgesetzgebung nur eingeschränkt möglich waren, hatten wir den Haushalt 2011 als zweites Jahr des Brückenhaushaltes 2010 / 2011 vorsichtig mit einem Defizit in Höhe von 101 Mio. € geplant.

Vor diesem Hintergrund genehmigte die Aufsichtsbehörde den Haushalt nur unter Auflagen. Die Aufsichtsbehörde forderte, die Gesamtaufwendungen zu reduzieren und insgesamt am durchschnittlichen Niveau der jährlichen Erträge auszurichten, um eine nachhaltige Haushaltspolitik zu gewährleisten und den dauerhaften Haushaltsausgleich sicherzustellen. Unter anderem wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert ihr Defizit zu halbieren.

Dieses Ziel konnte im abgelaufenen Haushaltsjahr erreicht werden. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag in Höhe von 101 Mio. € konnte sich der Abschluss um über die Hälfte auf 49 Mio. € verbessern, der dann durch die Auflösung von Rücklagen ausgeglichen werden kann. Möglich wurde dies auch durch die konsequente Anwendung der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Leitplanken.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise sich nicht ganz so drastisch auf die Landeshauptstadt Wiesbaden auswirkte, weil wir in der Vergangenheit kaufmännisch vorsichtig und antizyklisch gehandelt haben. Dadurch konnten wir Rücklagen bilden, die es uns einerseits ermöglichten, weiter in die Zukunft zu investieren und andererseits die Fehlbeträge in den Jahresabschlüssen auszugleichen.

Dr. Müller
Oberbürgermeister

Jahresabschluss 2011

1 Jahresabschluss

Gemäß § 114s der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht der Jahresabschluss aus

- Vermögensrechnung
- Gesamtergebnisrechnung
- Gesamtfinanzzrechnung

Die Gesamtfinanzzrechnung wird bei der LH Wiesbaden indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.364.669,00		3.627.198,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	36.368.424,00		33.126.480,00	
		39.733.093,00		36.753.678,00
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	470.378.758,26		480.192.215,80	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	419.110.788,70		345.773.840,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	421.142.925,48		399.926.122,18	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	191.120,00		4.670,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.617.673,96		21.171.220,27	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	84.688.232,77		152.112.544,84	
		1.421.129.499,17		1.399.180.613,79
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	453.100.913,76		452.338.338,34	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	69.547.449,20		46.011.095,48	
1.3.3 Beteiligungen	173.817.629,00		176.343.857,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.188.066,05		42.310.706,16	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000,00		70.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	40.107.906,18		40.952.424,15	
		790.461.964,19		828.656.421,13
		2.251.324.556,36		2.264.590.712,92
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		0,00		0,00
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		0,00		0,00
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	53.413.589,77		49.061.021,36	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.645.490,58		24.508.661,78	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.041.053,52		6.746.855,84	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	90.975.557,26		59.096.475,42	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	12.171.621,07		11.316.454,68	
		181.247.312,20		150.729.469,08
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		35.790.431,68
2.5 Flüssige Mittel		80.508.688,05		63.889.299,59
		261.756.000,25		250.409.200,35
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		25.520.649,62		27.715.833,30
		2.538.601.206,23		2.542.715.746,57

PASSIVA Position	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	82.217.382,62		132.693.664,88	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.224.491,41		13.947.731,24	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00		1.372.835,28	
1.2.4 Sonderrücklagen				
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
1.2.5 Rücklage für Budgetüberleitungen und Mehrbedarfe	0,00		0,00	
		95.325.834,90		149.898.192,27
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.1 Ergebnisvortrag				
1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.1.1 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-56.034.985,54		-51.145.531,48	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.687.477,34		-2.723.239,83	
		-49.347.508,20		-53.868.771,31
		1.305.068.014,96		1.355.119.109,22
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	202.071.105,92		186.439.409,19	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	2.001.902,38		1.129.340,00	
2.1.3 Investitionsbeiträge	41.007.672,00		43.427.249,00	
		245.080.680,30		230.995.998,19
		11.596,43		0,00
		245.092.276,73		230.995.998,19
2.2 Sonstige Sonderposten				
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	440.272.714,00		433.747.912,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,00		0,00	
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00		0,00	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	910.094,58		1.395.883,41	
3.5 Sonstige Rückstellungen	9.500.367,17		5.166.537,99	
		450.683.175,75		440.310.333,40
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen		0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	373.210.514,46		332.264.415,45	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 54.292.919,89				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	38.194.732,67		46.598.305,72	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.515.354,95				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.433.833,42		1.488.475,91	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 367,01				
		412.839.080,55		380.351.197,08
4.3 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		268.239,79		360.497,24
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		12.385.034,85		13.027.168,92
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		8.961.439,53		11.190.591,22
4.6 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		3.318.385,54		2.337.742,65
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		13.192.790,90		14.223.741,52
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten		50.218.158,15		56.225.807,36
		501.183.129,31		477.716.745,99
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.574.609,48		38.573.559,77

2.538.601.206,232.542.715.746,57

Jahresabschluss 2011

1.2 Gesamtergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahr
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.982.520	-12.436.661	-14.351.487	1.914.826
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.188.479	-33.051.360	-33.302.996	251.636
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-17.516.967	-16.590.918	-16.935.032	344.114
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-2.123.785	0	-1.687.503	1.687.503
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-423.357.357	-414.365.500	-403.307.086	-11.058.414
6	Erträge aus Transferleistungen	-162.227.172	-170.911.820	-164.873.115	-6.038.705
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-151.163.210	-109.855.368	-157.420.392	47.565.025
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-11.335.642	-8.899.175	-12.525.934	3.626.759
9	Sonstige ordentliche Erträge	-40.114.739	-20.822.914	-35.001.475	14.178.562
10	Summe der ordentlichen Erträge	-854.009.871	-786.933.715	-839.405.020	52.471.305
11	Personalaufwendungen	185.069.007	167.858.919	190.969.785	-23.110.866
12	Versorgungsaufwendungen	30.418.590	55.310.839	29.469.981	25.840.858
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	139.118.064	93.728.378	135.225.276	-41.496.898
14	Abschreibungen	54.790.395	32.897.969	56.057.492	-23.159.523
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.183.751	21.830.591	21.762.000	68.591
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	94.576.221	95.296.000	93.921.458	1.374.542
17	Transferaufwendungen	391.935.000	404.919.219	387.566.331	17.352.888
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	641.509	1.129.290	699.189	430.101
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	917.732.538	872.971.204	915.671.512	-42.700.307
20	Verwaltungsergebnis	63.722.667	86.037.489	76.266.491	9.770.998
21	Finanzerträge	-31.111.418	-18.270.310	-42.438.644	24.168.334
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.534.283	29.350.000	22.207.138	7.142.862
23	Finanzergebnis	-12.577.135	11.079.690	-20.231.506	31.311.196
24	Ordentliches Ergebnis	51.145.531	97.117.179	56.034.986	41.082.194
25	Außerordentliche Erträge	-1.803.678	0	-12.287.309	12.287.309
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.526.918	0	5.599.832	-5.599.832
27	Außerordentliches Ergebnis	2.723.240	0	-6.687.477	6.687.477
28	Jahresergebnis	53.868.771	97.117.179	49.347.508	47.769.671
nachrichtlich:					
	geplante Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses			-49.347.508	

1.3 Gesamtfinanzzrechnung

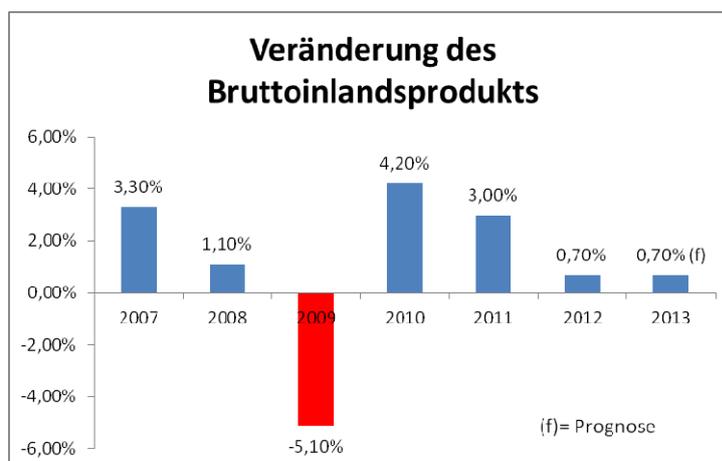
Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2010	Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	-53.868.771,31	-101.201.688,00	-49.347.508,20
2	+ / - Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	43.413.494,31	32.897.969,00	45.957.094,23
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/-zuschüsse	-11.335.642,39	-8.899.175,00	-12.525.933,70
4	+ / - Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	4.997.342,16	nicht planungsrelevant	10.372.842,35
5	- / + Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-654.335,14	nicht planungsrelevant	-10.212.784,55
6	+ / - sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-1.130.382,92	-939.240,00	-2.062.448,51
7	- / + Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-8.568.528,91	nicht planungsrelevant	-19.908.264,69
8	+ / - Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-12.879.641,55	nicht planungsrelevant	-10.987.011,32
9	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-40.026.465,75	-78.142.134,00	-48.714.014,39
10	Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	34.647.261,34	21.056.000,00	26.622.212,24
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögens	8.775.982,79	14.084.000,00	18.456.200,51
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-88.379.681,13	-73.381.000,00	-76.094.377,15
	<i>davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen/-zuschüsse</i>	<i>-9.217.139,20</i>	<i>-16.977.000,00</i>	<i>-6.461.630,88</i>
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	2.556.277,69	3.678.000,00	73.689.303,88
	<i>davon: Einzahlungen a. d. Tilgung v. gewährten Krediten</i>	<i>2.556.277,69</i>	<i>3.678.000,00</i>	<i>2.898.872,20</i>
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-2.817.220,49	-2.180.000,00	-1.468.067,84
	<i>davon: Auszahlungen a. d. Gewährung v. Krediten</i>	<i>-1.786.618,86</i>	<i>-2.130.000,00</i>	<i>-1.468.067,84</i>
15	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-45.217.379,80	-36.743.000,00	41.205.271,64
16	Einzahlungen a. d. Aufnahme v. Krediten und der Begebung v. Anleihen	70.764.297,71	37.807.000,00	39.799.501,00
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	-20.506.228,62		-43.750,50
17	- Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen	-54.627.089,44	-17.662.190,00	-17.156.975,04
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	918.306,29		1.529.355,75
18	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)	-3.450.714,06	20.144.810,00	24.128.131,21
19	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	9.900.000,00
20	- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	9.900.000,00
21	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	0,00	0,00	0,00
22	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag d. Haushaltsjahres (Summe a. Pos. 9, 15 u.18 und 21)	-88.694.559,61	-94.740.324,00	16.619.388,46
23	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	152.583.859,20	-71.459.092,00	63.889.299,59
24	Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Position 22 + 23)	63.889.299,59	-166.199.416,00	80.508.688,05

2 Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur war in der ersten Jahreshälfte 2011 durch verschiedene Großereignisse beeinflusst. Zu nennen sind der kräftige Ölpreisanstieg infolge des arabischen Frühlings, das Erdbeben in Japan und die Eskalation der Schuldenkrise im Euro-Raum, welche die Unsicherheiten deutlich erhöht haben. Konnten die beiden erstgenannten Ereignisse bis zur Jahresmitte weitgehend bearbeitet werden, beherrscht die Schuldenproblematik jedoch weiter die Lage.

Im Jahr 2011 setzte sich der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland fort und konnte im Jahresverlauf wieder an das Vorkrisenniveau anknüpfen. Trotz einer einsetzenden Gegenbewegung nach einem starken ersten Quartal betrug die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 3,0%. Allerdings sinken aufgrund des eingetrübten weltwirtschaftlichen Umfelds die Aussichten für das Jahr 2012. Während Eurostat noch von einer Steigerungsrate in Höhe von 1,7% ausgeht, prognostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Jahresgutachten (v. 09.11.2011) lediglich noch 0,9% Wachstum.



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 04/2013)

Gemäß Berichten der IHK Wiesbaden zum Jahresbeginn 2012 wird die gegenwärtige Lage überwiegend positiv eingeschätzt, wobei die Unternehmen ihre Erwartungen etwas weniger optimistisch formulieren.

Die Gewerbesteuererinnahmen im Haushaltsjahr 2011 lagen mit 188.940 Tsd. € etwa 27.000 Tsd. € unter denen des Vorjahres. Zu den Ursachen zählen noch die Nachwirkungen der Finanzkrise 2009 - die Spitzabrechnung erfolgt zwei Jahre nach dem Wirtschaftsjahr - und die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten von Großkonzernen.

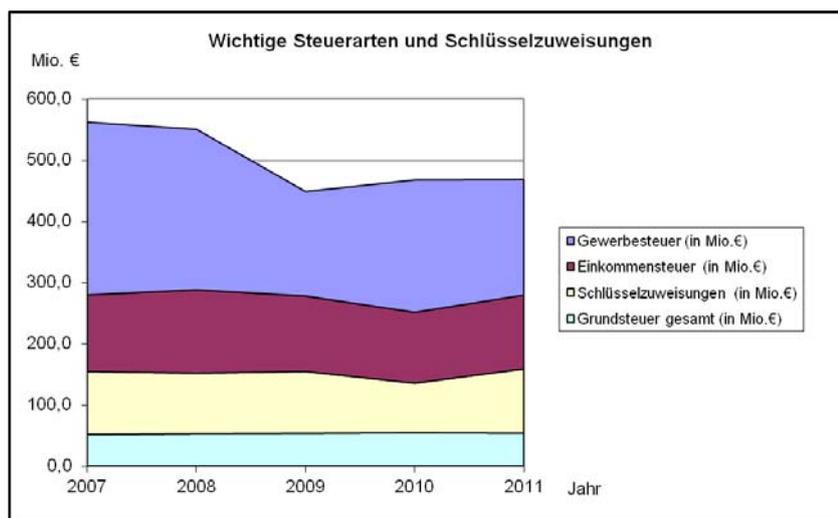
Darüber hinaus führen Ergebnisverbesserungen bei Gewerbetreibenden erst mit zeitlicher Verzögerung zu einer Anpassung der Vorauszahlungen. Im Gegensatz dazu werden die Vorauszahlungen bei sinkender Konjunktur von den Unternehmen eher vorsichtig angesetzt.

Auch die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich nicht auf das Niveau von 2008 erholen. Allerdings machen sich die vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen der Tarifabschlüsse, sowie die ebenfalls steigenden Arbeitsplatzzahlen mit einer leichten Steigerung bemerkbar.

Die Anzahl der Einkommensteuerpflichtigen insgesamt hat sich wie in den Vorjahren weiter erhöht. Die Arbeitslosenquote sank in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen von 8,0 % im Jahr 2010 auf 7,1 % im Jahr 2011.

2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht den durch die Wirtschaftskrise verursachten Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Auch erkennbar ist, dass die Steuererträge das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht haben. In der, bezogen auf das Vorkrisenniveau, schwachen Steuerkraft liegt auch der Grund für die auf 104,9 Mio. € gestiegene Schlüsselzuweisung. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der anziehenden Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer wieder leicht an.



in Mio. €	2007	2008	2009	2010	2011
Gewerbesteuer	282,4	262,5	170,8	216,2	188,9
Einkommensteuer	125,1	136,1	123,3	115,9	120,5
Schlüsselzuweisungen	102,8	98,9	100,9	80,8	104,9
Grundsteuer gesamt ¹	51,9	53,2	53,9	54,8	54,1

¹ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemH-VO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der Landeshauptstadt Wiesbaden irrelevant.

Jahresabschluss 2011

2.3 Strategien und Ziele

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der Landeshauptstadt Wiesbaden fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichermassen kümmert sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen.

Auch im zweiten Jahr des Doppelhaushalts 2010/2011 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Beibehaltung des Leistungsspektrums. Dazu zählten weiterhin eine starke Investitions- und Instandhaltungstätigkeit im Bereich Schulen und städtischer Infrastruktur sowie der weitergehende Ausbau der Kinderbetreuung zur Erfüllung des gesetzlichen Kindergartenplatzanspruchs im Jahr 2013.

Im Bereich Beteiligungen² zählte die Sicherung bezahlbaren Wohnraums bei gleichzeitig steigenden energetischen Standards zu den strategischen Dauerthemen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Ebenfalls nahm im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als städtisches Krankenhaus der Vollversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde von wenigen Jahren mit zu erwartenden Fehlbeträgen im Gesamtergebnis ausgegangen. Auch im Jahr 2011 war der geforderte Haushaltsausgleich durch vorhandene Ergebnismrücklagen aus den Vorjahren gesichert.

Bei einem vorübergehenden (so lauteten die Prognosen) Einbruch, sollten die bestehenden Strukturen durch kurzfristige Sparziele nicht riskiert werden. Die Finanzstrategie sah daher für den Doppelhaushalt 2010/2011 vor, über einen Zeitraum von zwei Jahren zu diesem Zweck einen beherrschbaren Fehlbetrag in Kauf zu nehmen. Als beherrschbar wurde zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushalts ein Betrag in Höhe von 100 Mio. € angenommen.

² Näheres zur Geschäftstätigkeit der Beteiligungen kann dem Beteiligungsbericht 2011 der Landeshauptstadt Wiesbaden entnommen werden.

2.4 Haushaltsplan 2011

Der Haushaltsplan 2011 wurde am 17.12.2009 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 11.01.2011 von der Aufsichtsbehörde unter Auflagen genehmigt. Dies bedeutet insbesondere die Fortführung des durch die Stadtverordnetenversammlung am 11.11.2010 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes (Beschluss Nr. 0472). Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 geht - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 101.202 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 75.561 Tsd. € geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 23.628 Tsd. € festgesetzt. Der gegenüber dem Vorjahr niedrigere Betrag resultiert aus dem Einmaleffekt der planerischen Berücksichtigung einer Eigenkapitalstärkung für die Übernahme von Wohnungen der Wohnbau Mainz GmbH auf dem Gebiet der Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim.

Die Einhaltung der Auflagen wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0115 vom 22.03.2012 über den Bericht der Ergebnisse der Haushaltssicherung zur Kenntnis genommen.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts der Landeshauptstadt Wiesbaden mit den nachfolgenden Planänderungen bzw. -anpassungen, die zum so genannten fortgeschriebenen Plan geführt haben, zusammen.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2011	Vortrag 2010 auf 2011	apl/üpl 2011	Sperre 2011	Plan fortg. ³ 2011	Vortrag 2011 auf 2012 ⁴	Plan fortg. bereinigt ⁵ 2010
10 ordentliche Erträge	-806.260		-8.606	-27.932	-786.934		-786.934
19 ordentlicher Aufwand	896.382	32.868	8.020	31.430	905.839	37.733	868.106
20 Verwaltungsergebnis	90.122	32.868	-586	3.498	118.906	37.733	81.173
21 Finanzerträge	-18.270				-18.270		-18.270
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	29.350				29.350		29.350
23 Finanzergebnis	11.080				11.080		11.080
24 ordentliches Ergebnis	101.202	32.868	-586	3.498	129.985	37.733	92.252
25 außerordentliche Erträge							
26 außerordentliche Aufwendungen							
27 außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0		
28 Jahresergebnis	101.202	32.868	-586	3.498	129.985	37.733	92.252

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2012 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2011 durch die Übertragung nach 2012 wieder entzogen werden. Die übertragenen Mittel können im laufenden Haushaltsjahr nur zur Deckung über-/oder außerplanmäßigen Ausgaben nach den Budgetregeln der Landeshauptstadt Wiesbaden (z.B. Beteiligung des Magistrats ab 200.000 €) eingesetzt werden.

³ = Haushaltsansatz 2011 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2010 nach 2011 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)

⁴ Datenstand: 10. April 2013 im SAP-System

⁵ = Haushaltsansatz 2011 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2010 nach 2011 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)
- Budgetüberleitungen 2011 nach 2012 (Vorträge)

Jahresabschluss 2011

2.5 Vorläufige Haushaltsführung

Die Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Jahr 2011 erfolgte im Januar 2011, sodass es nur eine kurze Phase der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 114f HGO⁶ in 2011 gab.

2.6 Ergebnissituation

2.6.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.246	-15.254	-13.741	-12.983	-14.351
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-32.874	-33.125	-33.112	-33.188	-33.303
Kostenerstattungen und -erstattungen	-21.399	-22.542	-17.575	-17.517	-16.935
Bestandsveränder. / andere aktiv. Eigenleist.	-1.176	-1.863	-2.208	-2.124	-1.688
Steuern und steuerähnliche Erträge	-501.445	-490.079	-384.151	-423.357	-403.307
Erträge aus Transferleistungen	-151.986	-158.558	-160.947	-162.227	-164.873
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-162.670	-153.968	-160.450	-151.163	-157.420
Erträge aus der Auflösung von SoPos	-9.470	-10.308	-10.957	-11.336	-12.526
sonstige ordentliche Erträge	-92.307	-51.996	-57.877	-40.115	-35.001
ordentliche Erträge	-988.574	-937.693	-841.018	-854.010	-839.405
Personalaufwendungen	170.903	176.229	181.095	185.069	190.970
Versorgungsaufwendungen	24.885	43.015	38.231	30.419	29.470
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	127.888	130.965	121.229	139.118	135.225
Abschreibungen	48.258	52.298	52.324	54.790	56.057
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	16.491	19.262	24.733	21.184	21.762
Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	94.912	92.474	81.679	94.576	93.921
Transferaufwendungen	346.167	355.650	384.975	391.935	387.566
sonstige ordentliche Aufwendungen	16.894	26.263	21.183	642	699
ordentliche Aufwendungen	846.398	896.157	905.448	917.733	915.672
Verwaltungsergebnis	-142.176	-41.537	64.430	63.723	76.266
Finanzerträge	-22.470	-33.043	-23.720	-31.111	-42.439
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.864	25.868	18.544	18.534	22.207
Finanzergebnis	-5.605	-7.175	-5.176	-12.577	-20.232
ordentliches Ergebnis	-147.782	-48.712	59.254	51.146	56.035
außerordentliche Erträge	-27.233	-2.642	-1.715	-1.804	-12.287
außerordentliche Aufwendungen	1.544	17.316	13.456	4.527	5.600
außerordentliches Ergebnis	-25.688	14.674	11.741	2.723	-6.687
Jahresergebnis	-173.470	-34.038	70.994	53.869	49.348

Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis zeigt einen wieder steigenden Trend, ausgehend von den außerordentlich guten Jahren 2007 und 2008 über das Krisenjahr 2009. Für 2011 wird ein Jahresfehlbetrag von ca. 49,3 Mio. € ausgewiesen.

⁶ in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.03.2010

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Auch im zweiten Jahr des Doppelhaushalts konnte der Haushaltsausgleich durch die Ertragssituation noch nicht wieder erreicht werden. Das bedeutet, die ordentlichen Aufwendungen sind nicht zur Gänze durch die ordentlichen Erträge gedeckt. Verschärfend wirken Gesetze zur Leistungsausweitung, wie etwa der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder zwischen einem und drei Jahren. Dies drückt auch der Zeitreihenvergleich des Grades der Aufwandsdeckung aus.

	2007	2008	2009	2010	2011
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	110,97% ⁷	105,28%	93,59%	94,54%	94,02%

Allerdings konnten in den Vorjahren Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses gebildet werden, die nun zum Ausgleich der entstandenen Jahresfehlbeträge herangezogen werden können.

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielt die Volatilität der **Gewerbsteuererträge** eine bedeutende Rolle. Der Zeitreihe sind sowohl das Boomjahr 2007 als auch der nachfolgende Rückgang deutlich entnehmen. Aktuell ging sie jedoch gegenüber dem Vorjahr wieder zurück (siehe auch Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen).

Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote im Zeitvergleich:

	2007	2008	2009	2010	2011
Steuerquote	53,63% ⁷	52,26%	45,68%	49,57%	48,05%

Infolge des immer noch niedrigen Gewerbesteuervolumens liegt die Quote in 2011 weiter über dem Krisenjahr 2009, konnte aber noch nicht wieder an das Niveau von 2007 anknüpfen.

Die **Transfererträge** stiegen in den Krisenjahren aufgrund der Erstattungen aus der Funktion der Landeshauptstadt Wiesbaden und sinken nun analog zu den wieder gesunkenen Personenzahlen im Bezug von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV). In den folgenden Jahren werden zusätzliche Transfererträge aus der stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundversicherung (SGB XII Kap. 3) und der Zahlungen des Landes Hessen aus den Ausgleichszahlungen nach dem Konnexitätsprinzip für die gestiegene Personalausstattung im Bereich Kinderbetreuung⁸ erwartet.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus dem Bereich **Schlüsselzuweisungen**, der mit der Steuerkraft der Kommunen korreliert. Die Schlüsselzuweisung fiel im Jahr 2011 20 Mio. € höher als im Jahr 2010 aus. Das Land Hessen zog Abrechnungstatbestände als Liquiditätsstütze für die Kommunen vor. Demgegenüber entfiel allerdings die Zuweisung aus Grunderwerbsteuer (ca. 10 Mio. € Anteil Landeshauptstadt Wiesbaden). Das Land Hessen kürzte die Zuweisungen an die kommunale Familie im Jahr 2011 um 358,6 Mio. €. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (-160 Mio. €), der Ersatzleistungen des Bundes für KFZ-Steuer (-159 Mio. €) und der Gewerbesteuerumlage (-39,6 Mio. €). Insgesamt weisen

⁷ bereinigt um die ergebniswirksame Auflösung der Budgetrücklage in Höhe von 53.555 Tsd. €

⁸ Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO)

Jahresabschluss 2011

die Zuweisungen eine sinkende Tendenz auf, was sich auch in der in der zukünftigen Finanzsituation der Landeshauptstadt Wiesbaden niederschlagen kann

Vor dem Hintergrund, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009 deutlich rückläufig waren, die Schlüsselzuweisungen aber nahezu konstant, ergibt sich der vergleichsweise hohe Wert der Zuwendungsquote im Jahr 2009.

	2007	2008	2009	2010	2011
Zuwendungsquote	17,39%	16,42%	19,08%	17,70%	18,75%

In 2010 ergab sich der gegenläufige Effekt (Steigerung der Einnahmen aus Gewerbesteuer um 45.414 Tsd. € im Vergleich zu einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 20.029 Tsd. €), sodass die Zuwendungsquote wieder sank.

Durch die niedrige Steuerkraft im Bemessungszeitraum erhielt die Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr höhere Schlüsselzuweisungen (104.000 Tsd. €). Bei gleichzeitig wieder gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen steigt damit die Zuwendungsquote wieder an.

Die sinkenden Erträge im Bereich **Sonstige Erträge** ergeben sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK der ab 2010 nur noch ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird. Darüber hinaus wurden in den ersten Jahren noch Rücklagen ergebniswirksam aufgelöst. Mittlerweile erlaubt das neue Haushaltsrecht (ab 01.01.2012) die Bildung von Sonderposten zum Gebührenaussgleich. Damit tritt diese Problematik nicht mehr auf.

Ordentliche Aufwendungen:

Über die Jahre höhere **Personalaufwendungen** resultieren zum einen aus dem Aufbaubereich Kinderbetreuung, außerdem aus einer Personalaufstockung in den Bereichen öffentliche Sicherheit, Feuerwehr und SGB II (Kommunale Arbeitsvermittlung). Dabei ist das Personal zum großen Teil aus Transferzahlungen gegenfinanziert (insbes. SGB II). Darüber hinaus sind Veränderungen der Personalaufwendungen durch Tarifierhöhungen und Erhöhungen der Beamtenbezüge festzustellen.

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fällt der Anteil der Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht.

	2007	2008	2009	2010	2011
Personalaufwandsquote	23,13%	24,46%	24,22%	23,48%	24,07%

Vergleiche mit anderen kreisfreien Städten zeigen die Werte Wiesbadens am unteren Rand der Bandbreite⁹.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft bedingt eine höhere Personalaufwandsquote, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Aufgabenstruktur und auch die Aufwände als solche zu verändern.

Das Sinken des Wertes im Jahr 2010 resultiert hauptsächlich aus der niedrigeren Zuführung zu Pensionsrückstellungen aufgrund der Anhebung des Pensionsalters der Beamten auf 67 Jahre.

⁹ siehe auch: IHK für die Pfalz, Haushaltsanalyse 2011, Ludwigshafen, 2012

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung (SGB II) im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in den sich jährlich ändernden Grundlagen für die Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung und das auf 67 Jahre heraufgesetzte Pensionsalter.

Die Position **Sach- und Dienstleistungen** ist stark beeinflusst durch die Instandhaltungsaufwendungen. Zum einen wurde ab 2009 das Verfahren zur Buchung der Instandhaltungsaufwendungen von bislang einer Kostenart, die alle Instandhaltungsaufwendungen beinhaltete, auf eine kontenscharfe Abrechnung umgestellt. Dies führt zu einer Verteilung der Instandhaltungsaufwendungen über mehrere Positionen. Zum anderen erfuhr der Prozess zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen mit dem Jahr 2009 eine Änderung. Die Instandhaltungsrückstellungen werden seitdem nicht mehr pauschal durch Budgetreste sondern über ein differenziertes Meldeverfahren der bauausführenden Ämter ermittelt. Dies führt in der Summe zu deutlich geringeren Instandhaltungsrückstellungen und zu dem Effekt deutlich geringerer Sach- und Dienstleistungsaufwendungen im Jahr 2009, verursacht durch die Auflösung der Instandhaltungsrückstellungen des Vorjahres.

Die Steigerung der **Abschreibungen** ist zu einem Teil begründet durch die stetig steigenden Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung und Anlagen. Ab 2007 werden die Anlagegüter dieser Position über jeweils angelegte eigene Anlagen abgeschrieben, während die Altanlagen bis 31.12.2012 (BgA und Anlagen) aus Vereinfachungsgründen pauschal über fünf Jahre abgeschrieben werden. Diese Abschreibung läuft 2012 aus. Darüber hinaus kommen ab 2011 auch die Abschreibungen für die Investitionen des Sonderkonjunkturprogramms zum Tragen. Dieser Anteil ist durch die Auflösung von Sonderposten größtenteils ergebnisneutral.

Im Bereich **Zuweisungen und Zuschüsse** sind die Zuweisungen an verbundene Unternehmen enthalten. Diese bleiben in den vergangenen vier Jahren relativ konstant.

Die **Steueraufwendungen**, hier insbesondere die **Gewerbesteuerumlage**, zeigen in der Finanzkrise eine typische Delle, hervorgerufen durch die ebenfalls geringeren Steuereinnahmen.

Eine relativ starke Zunahme erfährt auch der Bereich **Transferaufwendungen**. Am stärksten wachsen die Transferzahlungen für Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII Kap. III, 3,26 Mio. €), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XI Kap. IV, 6,7 Mio. €) sowie die Kosten der Unterkunft mit 8,8 Mio. €. Teilweise sind die Transferaufwendungen durch Erstattungen des Bundes gegenfinanziert (SGB II, SGB XII Kap. IV) jedoch stiegen im gleichen Zeitraum die Erträge aus Transferleistungen von Bund und Land lediglich um 12 Mio. €.

Die sinkenden Aufwendungen im Bereich **Sonstige Aufwendungen** ergeben sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK, der ab 2010 nur noch ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird.

Jahresabschluss 2011

Finanzergebnis:

Teile des Fehlbetrags im Verwaltungsergebnis können durch Überschüsse im Finanzergebnis aufgefangen werden. Das Anwachsen der Überschüsse des Finanzergebnisses gründet in den letzten Jahren, insbesondere ab dem Jahr 2010 hauptsächlich auf stärkeren Gewinnabführungen verbundener Unternehmen, Bürgschaftsprovisionen und Zinsen aus Betriebsmittelkrediten an verbundene Unternehmen.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt ein leichtes Ansteigen durch das Sonderkonjunkturprogramm.

	2007	2008	2009	2010	2011
Zinslastquote	1,99%	2,89% ¹⁰	2,05%	2,02%	2,43%

Außerordentliches Ergebnis:

Im Jahr 2011 wurden 12.287 Tsd. € an außerordentlichen Erträgen erzielt. Auf der Ertragsseite ist das Ergebnis - auch im Zeitvergleich - stark beeinflusst von Anlagenabgängen, insbesondere von Grundstücken, die projektbezogen nicht gleichmäßig anfallen. Die außerordentlichen Aufwendungen enthalten hauptsächlich Aufwendungen aus Anlagenabgängen unter dem Buchwert, Wertkorrekturen im Finanzanlagevermögen und Abschreibungen auf Zuschüsse. Aufgrund des Charakters fällt das außerordentliche Ergebnis im Zeitreihenvergleich unterschiedlich aus. Im Jahr 2011 wurde ein Überschuss in Höhe von 6.687 Tsd. € erzielt.

2.6.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan¹¹-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung	2011			2010		
	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR
10 ordentliche Erträge	-786.933.715	-839.405.020	52.471.305	-791.173.456	-854.009.871	62.836.415
19 ordentlicher Aufwand	872.971.204	915.671.511	-42.700.307	884.098.791	917.732.538	-33.633.747
20 Verwaltungsergebnis	86.037.489	76.266.491	9.770.998	92.925.335	63.722.667	29.202.668
21 Finanzerträge	-18.270.310	-42.438.644	24.168.334	-18.291.310	-31.111.418	12.820.108
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	29.350.000	22.207.138	7.142.862	24.093.000	18.534.283	5.558.717
23 Finanzergebnis	11.079.690	-20.231.506	31.311.196	5.801.690	-12.577.135	18.378.825
24 ordentliches Ergebnis	97.117.179	56.034.985	41.082.194	98.727.025	51.145.531	47.581.494
25 außerordentliche Erträge		-12.287.309	12.287.309		-1.803.678	1.803.678
26 außerordentliche Aufwendungen		5.599.832	-5.599.832		4.526.918	-4.526.918
27 außerordentliches Ergebnis		-6.687.477	6.687.477		2.723.240	-2.723.240
28 Jahresergebnis	97.117.179	49.347.508	47.769.671	98.727.025	53.868.771	44.858.254

¹⁰ Die höhere Zinslastquote im Jahr 2008 resultiert hauptsächlich aus einer unterbliebenen Abgrenzungsbuchung.

¹¹ Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen, sowie Sperrungen

Das Haushaltsjahr 2011 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 49.348 Tsd. €. Der entstandene Fehlbetrag ist durch Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vollständig gedeckt.

Die Haushaltsführung 2011 folgte - wie bereits 2010 - dem Grundgedanken, den Haushalt im Sinne eines Brückenjahres¹² zu führen.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2011, der einen Jahresfehlbedarf in Höhe von 97.118 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 47.770 Tsd. €. Die positive Abweichung des Jahresfehlbedarfs gegenüber der Planung resultierte insbesondere aus höheren Erträgen aus Zuweisungen und allgemeinen Umlagen (+47.565 Tsd. €) aufgrund der niedrigen Steuerkraft - im Verhältnis zu den übrigen hessischen kreisfreien Städten - und höheren sonstigen ordentlichen Erträgen (+14.178 Tsd. €). Die höheren sonstigen ordentlichen Erträge beruhten insbesondere auf ungeplanten Erträgen aus Auflösung von Wertberichtigungen (+10.673 Tsd. €).

Insgesamt ist für die ordentlichen Aufwendungen eine Steigerung gegenüber dem Plan in Höhe von 9.832 Tsd. € festzustellen. Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden pauschale Kürzungen der Pläne in Höhe von 75.836 Tsd. € geplant, was zu entsprechenden Abweichungen bei den Sachaufwendungen führt.

Die höheren Personalaufwendungen (23.351 Tsd. €) beruhten zum einen auf pauschal in den Dezernaten veranschlagten, planerisch jedoch nicht weiter verteilten Konsolidierungsbeiträgen (diese kommen - wie auch bei den übrigen Aufwendungen - im Doppelhaushalt 2012/2013 in den Dezernatsbudgets nicht mehr zum Einsatz), zum anderen aber auch auf dem Personalaufbau im Bereich Kinderbetreuung und SGB II. Eine konservativ geplante Zuführung zu den Pensionsrückstellungen führte zu einer positiven Abweichung in Höhe von 25.841 Tsd. € (weitere Informationen zu den Pensionsrückstellungen siehe auch unter "Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre").

Der Abschnitt Abschreibungen weist eine Abweichung in Höhe von 23.160 Tsd. € aus, zu einem bedeutsamen Teil verursacht durch ungeplante pauschale Einzelwertberichtigungen und unbefristete Niederschlagungen.

Die gegenüber der Planung höheren Finanzerträge in Höhe von 24.168 Tsd. € resultieren im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung der WVV Wiesbaden Holding GmbH (20.000 Tsd. € gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0472 vom 11. November 2010). Der Betrag war im Haushaltsplan zur Abdeckung der Konsolidierung in den ordentlichen Aufwendungen berücksichtigt.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum Außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

Sonderkonjunkturprogramm

Auch im Jahr 2011 haben die von Bund und Land der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und dem hessischen Sonderinvestitionsprogramm (im weiteren kurz Sonderkonjunkturprogramm genannt) es ermöglicht, zahlreiche Baumaßnahmen an Schulen, Verwaltungsgebäuden, Kindertagesstätten, Sportplätzen, Straßen und Grünanlagen durchzuführen. Insgesamt wurden im Jahr 2011 ca. 70.159 Tsd. € für Investitionen ausgezahlt und 23.737 Tsd. € für Instandhaltungen aufgewendet.

¹² siehe hierzu auch das Kapitel „Strategien und Ziele“

Jahresabschluss 2011

2.7 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte

Im Folgenden werden die Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate erläutert. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen. Ebenfalls betrachtet werden Investitionen, die noch verfügbare Mittel von mehr als 500 Tsd. € (Stand: 31.12.2011) aufwiesen.

Die Tabellen wurden aus dem Investitionscontrolling der Landeshauptstadt Wiesbaden (Datenstand: 4. Quartal 2011) generiert.

Für den Jahresabschluss 2011 hatte die organisatorische Neuordnung der Dezernate nach der Kommunalwahl Auswirkungen auf die Teilergebnisrechnungen aller Dezernate im Vergleich zum Vorjahr. Die Vorjahreswerte entsprechen denen der jeweiligen Dezernaten aktuell zugehörigen Profitcentern und sind daher nicht mehr unmittelbar mit den jeweiligen Teilergebnissen im Jahresabschluss 2010 vergleichbar.

- Seit 01.09.2011 existiert wieder ein Dezernat II, da das Amt des Bürgermeisters durch Herrn Arno Goßmann wieder ausgeübt wird.
- Das Dezernat VIII wurde im Gegenzug aufgelöst, die bisherige Dezernentin des Dezernates VIII, Frau Rose-Lore Scholz führt nun das Dezernat V.

Die Veränderungen auf Ämterebene im Einzelnen:

Ämter	Von Dezernat	Zu Dezernat
30 Rechtsamt	VII	II
33 Amt für Zuwanderung und Integration	VII	V
36 Umweltamt	V	II
37 Feuerwehr	I	III
39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	VIII	II
40 Schulamt	VIII	V
53 Gesundheitsamt	VIII	II
64 Hochbauamt	V	IV
67 Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten	V	VII

2.7.1 Dezernat I

Hauptamt, Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Revisionsamt,
 Amt der Stadtverordnetenversammlung, Kämmerei, Sportamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-19.402.358	-17.060.570	-19.870.494
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	62.845.946	66.237.237	63.486.984
20 Verwaltungsergebnis	43.443.589	49.176.667	43.616.490
21 Finanzerträge	-13.813.932	-1.814.790	-23.445.051
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	-13.813.932	-1.814.790	-23.445.051
24 Ordentliches Ergebnis	29.629.657	47.361.877	20.171.439
25 Außerordentliche Erträge	-20.766	0	-821.050
26 Außerordentliche Aufwendungen	3.202.613	0	2.678.233
27 Außerordentliches Ergebnis	3.181.846	0	1.857.183
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	32.811.503	47.361.877	22.028.621
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-16.739.854	-17.448.543	-16.931.445
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	16.071.649	29.913.334	5.097.176

Das Teilergebnis schließt mit einer Verbesserung von 24.816 Tsd. € des Ergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan ab. So gab es im Bereich der ordentlichen Erträge sowie der ordentlichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr nur minimale Veränderungen. Demgegenüber erhöhten sich die Finanzerträge um 21.630 Tsd. €. Euro durch die Mehreinnahme bei den Beteiligungen an verbundenen Unternehmen sowie durch erhöhte Erträge bei den Bürgschaftsprovisionen. Die Mehrerträge aus der Gewinnabführung von Beteiligungen kommen dem Gesamthaushalt zugute und erhöhen damit die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats I gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.02635	52 KA Klarenthal - Sanierung Sporthalle	2.018.000 €	88.876 €	1.929.124 €
Sanierung des Flachdaches der Sporthalle Klarenthal einschließlich des Einbaus einer neuen, abgehängten Decke in der Halle, energetische Ertüchtigung der Fassaden, Sanierung der Heizung / Lüftung und der Umkleiden.				
I.02636	KA Naurod - San. 3. Bauab. KKH	1.510.000 €	41.744 €	1.468.256 €
Im 3. Bauabschnitt der Sanierung der Kellerskopfhalle werden neue abgehängte Decken eingezogen, die Heizung, die Sanitär- und Umkleidebereiche und der Prallschutz erneuert sowie letzte Leistungen zum vorbeugenden Brandschutz erbracht. Damit ist das Sanierungskonzept umgesetzt und die Sanierung wird abgeschlossen.				
I.02634	52 Sportplatz Amöneburg - Sanierung Kunstrasen	426.120 €	364.243 €	61.876 €
Die Baumaßnahme befindet sich kurz vor dem Abschluss. Vermutliche Fertigstellung bis Januar 2013.				
I.02969	52 Neubau Kunstrasen SP Niederfeld	921.341 €	862.841 €	33.499 €
Der Kunstrasenplatz wurde am 27.11.2011 eingeweiht.				

Jahresabschluss 2011

2.7.2 Dezernat II

Rechtsamt, Umweltamt, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Gesundheitsamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-5.239.251	-2.282.965	-2.614.600
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	18.022.649	15.657.626	14.545.283
20 Verwaltungsergebnis	12.783.398	13.374.661	11.930.683
21 Finanzerträge	0	0	-36.952
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	0	0	-36.952
24 Ordentliches Ergebnis	12.783.398	13.374.661	11.893.730
25 Außerordentliche Erträge	-38.557	0	-855.295
26 Außerordentliche Aufwendungen	2.336	0	371.285
27 Außerordentliches Ergebnis	-36.221	0	-484.010
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	12.747.177	13.374.661	11.409.720
31 Ergebnis aus internen Leistungen	683.441	1.449.753	1.526.135
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	13.430.618	14.824.414	12.935.855

Das Dezernat wurde erst im September 2011 eingerichtet. Zur besseren Vergleichbarkeit werden hier die Werte der oben aufgeführten, dem Dezernat zugeordneten, Ämter dargestellt. Da die Planwerte lediglich im laufenden Geschäft umgebucht wurden und eine eigenständige Planung für das Dezernat II nicht vorliegt, erfolgt auch keine Analyse der Plan-Ist-Abweichungen.

Insgesamt verbessert sich das Teilergebnis von Dezernat II um 1.889 Tsd. €.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates II gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.00599	36 Hochwasserschutz Sonnenberg	1.851.958 €	1.103.580 €	748.378 €
Der erste Bauabschnitt ist fast vollständig umgesetzt. Die abschließenden Straßenbaumaßnahmen haben begonnen. Nach Abschluss der Maßnahmen ist das Projekt abgeschlossen.				
I.02627	36 Kessel / Wellritzbach Abtr. Umsetzung	4.189.992 €	113.379 €	4.076.612 €
Die Planungsmaßnahmen zur Leitung der Bachgewässer ist abgeschlossen. Die ersten baulichen Maßnahmen zur Umsetzung der Planung haben im Sommer begonnen. Mit Abschluss des Projekts wird weiter bis Frühjahr 2014 gerechnet.				
I.02469	36 SK LS LL3028 WI-Delkenheim	543.726 €	543.726 €	0
Maßnahme wurde im Rahmen des Sonderkonjunkturprogramms 2012 fristgerecht fertiggestellt und abgerechnet. Da die Mittel ausschließlich im Sonderkonjunkturprogramm zu verwenden waren, waren nicht verbrauchte Mittel nicht frei verfügbar.				

2.7.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt, Feuerwehr, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-16.189.451	-15.321.590	-16.353.576
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	53.692.198	53.469.171	54.728.601
20 Verwaltungsergebnis	37.502.747	38.147.581	38.375.025
21 Finanzerträge	0	0	-3.492
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	0	0	-3.492
24 Ordentliches Ergebnis	37.502.747	38.147.581	38.371.533
25 Außerordentliche Erträge	-1.309.047	0	-10.406.152
26 Außerordentliche Aufwendungen	534.083	0	694.052
27 Außerordentliches Ergebnis	-774.964	0	-9.712.100
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	36.727.783	38.147.581	28.659.433
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-9.761.015	-11.603.608	-9.694.436
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	26.966.768	26.543.973	18.964.997

Das Teilergebnis verbessert sich um 7.579 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Hauptursache hierfür bildet die Steigerung der außerordentlichen Erträge um 10 Mio. durch diverse Grundstücksverkäufe und gesteigerte Mieterlöse in Höhe von 772,8 Tsd. €.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates III gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.02391	37 SK Erweiterung FW 1, Zentr. Leitstelle	1.281.799 €	1.021.845 €	0 €
Maßnahme wurde im Rahmen des Sonderkonjunkturprogramms 2012 fristgerecht fertiggestellt und abgerechnet. Die zweckgebundenen Mittel standen nur im Sonderkonjunkturprogramm zur Verfügung und waren somit nicht frei verfügbar.				

Jahresabschluss 2011

2.7.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Hochbauamt, Tiefbau- und Vermessungsamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-15.041.777	-13.181.006	-13.985.908
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	73.354.132	69.255.045	73.579.705
20 Verwaltungsergebnis	58.312.355	56.074.039	59.593.797
21 Finanzerträge	-713	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	321	0	33
23 Finanzergebnis	392	0	33
24 Ordentliches Ergebnis	58.311.963	56.074.039	59.593.830
25 Außerordentliche Erträge	-406.334	0	-161.704
26 Außerordentliche Aufwendungen	108.809	0	1.353.961
27 Außerordentliches Ergebnis	-297.524	0	1.192.257
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	58.014.439	56.074.039	60.786.087
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-10.946.692	-6.408.251	-10.640.247
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	47.067.747	49.665.788	50.145.840

Im Plan-Ist-Vergleich weist das Dezernat IV im Saldo nur eine minimale Differenz aus. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen liegen ca. 1.037 Tsd. € über dem Planwert, jedoch wurden gegenüber dem Vorjahr 374,5 Tsd. € weniger aufgewendet. Im Bereich Sachaufwendungen wurden gegenüber dem Planwert 1.273 Tsd. € mehr aufgewendet, allerdings sank auch hier der Ist-Aufwand gegenüber dem Vorjahr.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates IV gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.01902	66 Goerdeler Str. - Bestand	645.000 €	21.166 €	623.834 €
Das Projekt ist derzeit zurückgestellt. Aufgrund des direkten Einflusses der Entscheidung über die Stadtbahn (Straße liegt auf der geplanten Stadtbahnroute) kann erst nach abschließender Entscheidung über die Stadtbahn das Projekt fortgeführt werden.				
I.01228	Berliner Straße Parkplatz	1.512.914 €	765.739 €	747.174 €
Die Maßnahme ist baulich fertiggestellt.				
I.02516	Tour. Wegeleitsystem / Fußgänger	317.175 €	317.175 €	0 €
Die Maßnahme ist baulich fertiggestellt.				
I.01809	Berliner- / Wandersmannstraße	745.263 €	736.105 €	9.158 €
Die Maßnahme wird baulich umgesetzt. Fertigstellung in 2012.				

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.01845	Glarusstraße	240.374 €	49.481 €	191.300 €
Die Durchführung des Projektes wurde für 2012 vorbereitet				
I.01847	Am Schlosspark	329.288 €	6.596 €	322.692 €
Der Baubeginn hat sich auf Frühjahr 2012 verschoben.				
I.00150	Fußgängerzone - Neugestaltung	636.526 €	420.584 €	215.942 €
Die Baumaßnahme wurde im Juli 2011 fertig gestellt.				
Z-04-In-A-Inv-P	Stadtumbau Kostheim/Kastel 66/61	2.972.264 €	2.362.709 €	609.555 €
Die einzelnen Baumaßnahmen (Umfahrung Reduit, Rheinuferpromenade Mz-Kastel, Anbindung Ortskern Mz-Kastel, Bushaltestelle Brückenkopf) wurden bis Ende 2011 alle fertig gestellt.				
Z-04-In-A-Inv-P	Fahrbahndeckenprogramm WI + AKK einschl. Wohnstraßen	4.397.995 €	3.720.652 €	677.343 €
Die Fertigstellung aller Maßnahmen ist für Ende 2012 geplant.				

2.7.5 Dezernat V

Amt für Zuwanderung und Integration, Schulamt, Kulturamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-36.708.934	-15.638.288	-20.514.038
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	94.260.769	64.906.597	86.171.623
20 Verwaltungsergebnis	57.551.835	49.268.309	65.657.585
21 Finanzerträge	-64	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	-64	0	0
24 Ordentliches Ergebnis	57.551.771	49.268.309	65.657.585
25 Außerordentliche Erträge	139	0	-3.931
26 Außerordentliche Aufwendungen	288.051	0	222.634
27 Außerordentliches Ergebnis	288.190	0	218.703
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	57.839.961	49.268.309	65.876.288
31 Ergebnis aus internen Leistungen	9.504.634	7.655.919	8.156.642
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	67.344.595	56.924.228	74.032.929

Jahresabschluss 2011

Insgesamt schließt das Teilergebnis mit einer Differenz von 17.109 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan ab. Diese resultiert aus einer neuen Dezernatsverteilung im September 2011. Einige Aufgaben des Integrationsamtes (Wahlen, KFZ-Zulassung, Einwohnerangelegenheiten) wurden dem neu gegründeten Bürgeramt im Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Grünflächen (VII) übertragen. Die Mittel wurden gesperrt, allerdings liefen bis September 2011 aus systemtechnischen Gründen noch Ist-Buchungen für die umgegliederten Organisationseinheiten auf das Dezernat V.

Zu den Aufgaben des Dezernats mit hohem Mitteleinsatz, aber auch hoher Aufmerksamkeit in den Medien, zählt die Kulturförderung. Insgesamt wurden Zuschüsse in Höhe von 20.674 Tsd. € ausgezahlt, wovon mit 14.131 Tsd. € (Bereich ordentliche Aufwendungen) das Staatstheater Wiesbaden den größten Anteil erhielt.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte des Dezernates liegen im Investitions- und Instandhaltungsbereich als Dienstleister anderer Ämter, die sich betraglich aber in den Budgets der Fachdezernate niederschlagen.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates V gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2011
I.00003	40 Erweiterung Kerschensteiner-Schule	18.000 €	918.101 €	0 €
Neubau fertig gestellt und in Betrieb. Mängelbeseitigung findet derzeit statt. Atriumgebäude für Werkstätten umgebaut, Toiletten sind saniert. Die Genehmigung der Mehrkosten erfolgte mit STVV-Beschlussnr. 011 v. 07.02.2013				
I.00003	40 Erweiterung Kerschensteiner-Schule	18.000 €	918101 €	0 €
Gebäude und Außengelände fertiggestellt. Endabrechnung in 2012				
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	3.946.665 €	358.312 €	3.588.354 €
Rohbauarbeiten sind abgeschlossen. Die geplante Übergabe ist weiterhin der Herbst 2013.				
I.01896	40. M.-Niemöller-Schule	6.859.876 €	6.941.377 €	0 €
Maßnahme ist fertiggestellt. z. Zt. noch Mängelbeseitigung				
I.01058	40 JVS (Gesamtsumme)	911.921 €		318.975 €
I.02962	- L.-Beck-Schule		269.121 €	
I.02963	40- Karl- Gärtner-Schule		323.826 €	
Beide Standorte sind in Betrieb. Restarbeiten wurden 2012 fertiggestellt.				
I.01834	41 Zuschuss an kuk Ersatzneubau	4.167.000 €	3.831.731 €	335.269 €
Projekt ist in der finalen Phase. Die Fertigstellung ist November 2012 geplant. Eine ergänzende Sitzungsvorlage zur Sanierung des Wasserturms (Schlachthof) ist im Geschäftsgang.				

2.7.6 Dezernat VI

Amt für Soziale Arbeit

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-205.043.668	-211.500.333	-206.514.689
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	457.643.881	427.074.052	453.878.196
20 Verwaltungsergebnis	252.600.214	215.573.719	247.363.508
21 Finanzerträge	-5.285	0	-9.702
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.000	0	0
23 Finanzergebnis	-286	0	-9.702
24 Ordentliches Ergebnis	252.599.928	215.573.719	247.353.806
25 Außerordentliche Erträge	-18.556	0	-17.023
26 Außerordentliche Aufwendungen	367.450	0	13.627
27 Außerordentliches Ergebnis	348.894	0	3.396
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	252.948.822	215.573.719	247.350.410
31 Ergebnis aus internen Leistungen	23.728.397	24.701.200	25.693.370
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	276.677.219	240.274.919	273.043.780

Das Dezernat schließt mit einer Differenz von 32.769 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan ab. Der Grund liegt in einem im Haushaltsplan eingebuchten Konsolidierungsbeitrag von -46.413 Tsd. €. Von dieser Konsolidierungsvorgabe konnten jedoch nur 14.337 Tsd. €¹³ erreicht werden. Allerdings wurden 29.100 Tsd. € nicht im Dezernatsbudget, sondern in der Allgemeinen Finanzwirtschaft zentral geplant und dem Dezernatsbudget im Jahresverlauf nicht mehr zugesetzt. Mit beeinflussend für den Kostenverlauf sind der Ausbau der Kinderbetreuung und gesetzliche Regelungen in der Jugendhilfe, die eine höhere Personalausstattung erfordern. Darüber blieben die Transferaufwendungen 17.586 Tsd. € unter dem fortgeschriebenen Planwert.

Ausbau Kinderbetreuung

Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen baute die Landeshauptstadt Wiesbaden die Kinderbetreuung aus, mit dem Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen. Insgesamt wurden im Jahr 2011 99 Krippenplätze in Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Wiesbaden, bzw. bei freien Trägern in Betrieb genommen.

SGB II (Hartz IV)¹⁴

Im Jahr 2011 wurde eine Zielvereinbarung mit dem hessischen Sozialministerium geschlossen, die die folgenden Ziele zum Inhalt hatte:

1. Verringerung der Zahlungen im Bereich der Regelsätze des SGB II

Die Zahlungen im Bereich der Regelsätze des SGB II konnten um 5,7% gegenüber dem Vorjahr verringert werden und lagen damit im Vergleich über der Vergleichsquote der Rhein-Main-Städte.

2. Steigerung der Integration in Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt

Mit einer Integrationsquote von 26,6 % lag die kommunale Arbeitsvermittlung der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Spitze der Rhein-Main-Städte.

¹³ AO-Plan 215.574 Tsd. € + Konsolidierungsbeitrag 46.413 Tsd. € - Ergebnis vor dir. LV 247.350 Tsd. €

¹⁴ Nähere Informationen können den Geschäftsberichten SGB II unter dem Link <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/sozialplanung/beschaeftigungsfoerderung.php> entnommen werden.

Jahresabschluss 2011

3. Verringerung der Zahl der Langzeitbezieher

Die Anzahl konnte nur in geringem Umfang (-0,6 %) reduziert werden.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates VI gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2012
I.01585	51 Ersatzneubau Schlangenbader Str.	1.132.314 €	12.755 €	1.119.559 €
Anstelle einer Erweiterung um 2 Elementargruppen, Erweiterung um 2 Krippengruppen Die Baumaßnahmen haben begonnen.				
I.01643	51 Erweiterung KT "Im Sampel"	703.443 €	0 €	703.443 €
Anstelle einer Erweiterung um 2 Elementargruppen, Erweiterung um 2 Krippengruppen Die Baumaßnahmen haben begonnen.				
I.01664	51 KT Geschwister Stock Platz Ersatzneubau	18.415 €	10.428 €	7.987 €
Die Maßnahme ruht bis zur endgültigen Klärung der Standortfrage.				

2.7.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt, Ordnungsamt, Bürgeramt, Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-15.919.223	-19.904.059	-23.114.889
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	43.848.999	48.577.979	52.325.507
20 Verwaltungsergebnis	27.929.776	28.673.920	29.210.619
21 Finanzerträge	-1.387.625	-810.000	-527.122
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.417	0	715
23 Finanzergebnis	-1.386.208	-810.000	-526.407
24 Ordentliches Ergebnis	26.543.568	27.863.920	28.684.212
25 Außerordentliche Erträge	-10.557	0	-22.155
26 Außerordentliche Aufwendungen	23.577	0	266.041
27 Außerordentliches Ergebnis	13.020	0	243.887
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	26.556.588	27.863.920	28.928.098
31 Ergebnis aus internen Leistungen	1.407.304	-305	202.479
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	27.963.892	27.559.367	29.130.577

Das Dezernatsergebnis verändert sich gegenüber dem Plan nur geringfügig um 1.571 Tsd. €. Die Kostensteigerungen verteilen sich quer durch alle Ämter über diverse Kostenarten. Darüber hinaus ist anzumerken, dass das Standesamt mit Teilen des Integrationsamtes (siehe die Ausführungen bei Dezernat V) im August 2010 zusammengelegt wurde. Die systemtechnische Umsetzung im Rechnungswesen erfolgte zum 01.01.2011.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates VII gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2011	Istausgaben 2011	Noch verfügbar 2012
I.01710	67 Fasanerie Gehege-Neubau	160.333 €	127.591 €	32.743 €
Die Baumaßnahmen sind vollständig abgeschlossen und das Gebäude in der Nutzung.				
I.02504	67 Erweiterung Friedhof Breckenheim	297.637 €	297.637 €	0 €
Die Baumaßnahmen sind abgeschlossen. Derzeit sind noch einige kleinere nachträgliche Arbeiten und Herstellungspflege durchzuführen. Die Schlussrechnung steht noch aus.				
I.02625	67 Neugestaltung G und KSP Schulberg	464.212 €	462.045 €	2.167 €
Die Baumaßnahmen wurden im Mai 2011 abgeschlossen.				
I.03000	67 KSP-Progr. Wi-Umgestaltung Kranzplatz	112.322 €	109.438 €	2.884 €
Die Maßnahmen sind abgeschlossen.				

2.7.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmeri als fiktives Dezernat bewirtschaftet.. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen, sowie Zinserträge und Aufwendungen für die gesamte Landeshauptstadt Wiesbaden verwaltet.

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2010 EUR	Fortgeschriebener Plan 2011 EUR	Ergebnis 2011 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-538.341.425	-492.044.904	-534.749.323
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	114.063.963	127.793.497	116.955.612
20 Verwaltungsergebnis	-424.277.462	-364.251.407	-417.793.711
21 Finanzerträge	-15.903.799	-15.645.520	-18.416.324
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.527.546	29.350.000	22.206.390
23 Finanzergebnis	2.623.747	13.704.480	3.790.066
24 Ordentliches Ergebnis	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645

Das Teilergebnis schließt mit einer Verbesserung von 63.457 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan ab. Dies resultiert u.a. aus den höheren Schlüsselzuweisungen des Landes und einer geringeren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen.

Jahresabschluss 2011

2.8 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2010	Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011
	in Tsd. €		
Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-40.026	-78.142	-48.714
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-45.217	-36.743	41.205
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-3.451	20.145	24.128
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	-88.695	-94.740	16.619
Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	152.584	-71.459	63.889
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	63.889	-166.199	80.509

In der Analyse der Plan-Ist-Abweichungen ergibt sich insgesamt eine Abweichung in Höhe von 246.708 Tsd. €, hauptsächlich verursacht durch eine vorsichtige Planung des Gesamtergebnisses (-101.202 Tsd. €, Finanzmittelfluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit) und dem im Finanzplan nicht veranschlagten Rücklauf zweier Schuldscheindarlehen (Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit) in Höhe von ca. 70.000 Tsd. €. Die übrigen Abweichungen verteilen sich auf mehrere Positionen.

Aufgrund der Haushaltsentwicklung entstand ein Fehlbetrag im Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit, der durch die gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr noch stieg. Durch Grundstücksverkäufe und die Rückflüsse aus zwei fälligen Schuldscheindarlehen entwickelten sich der Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit und damit auch der Finanzmittelbestand positiv.

Die Finanzierungsfähigkeit und Tätigkeit in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen wird durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow

Im Jahresabschluss 2010 wurde der Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen. Diese Kennzahl schwankt jedoch je nach Überschuss bzw. Fehlbetrag und unterschiedlichen Aktivierungszeitpunkten von Großinvestitionen sehr stark. Aus diesem Grund wird die Kennzahl ab dem Jahresabschluss 2011 nicht mehr ausgewiesen und stattdessen der freie Cash-Flow berichtet. Er wird aus der Differenz zwischen dem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und Tilgung gebildet und drückt die Innenfinanzierungskraft der Gemeinde aus.

	2007	2008	2009	2010	2011
Freier Cash-Flow ¹⁵	104.828	72.835	-59.329	-93.735	-64.791

Der Werteverlauf zeigt die deutlichen Zahlungsmittelüberschüsse in den Jahren 2007 und 2008. Aufgrund des hohen Zahlungsmittelbestandes konnten die Investitionen in den Verlustjahren 2009 und 2010 (ohne Sonderkonjunkturprogramm) durch die vorhandenen Liquiditätsreserven ohne nennenswerte zusätzliche Kredite erfolgen. Dies erklärt auch den deutlichen Rückgang an liquiden Mitteln der Landeshauptstadt Wiesbaden seit dem Jahr 2008. Im

¹⁵ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - Tilgung.

Jahr 2011 ist der Bestand an liquiden Mitteln durch Rückzahlungen von festverzinslichen Wertpapieren wieder gestiegen.

	2007	2008	2009	2010	2011
Investitionsquote	1,40%	2,42%	1,28%	3,11%	2,52%
Reinvestitionsquote	92,3%	155,6%	84,0%	209,9%	161,9%

Die Investitionsquote steigt durch das Sonderkonjunkturprogramm an bis zur Spitze im Jahr 2010. Danach sinkt die Quote wieder und wird tendenziell die Werte um 2007 erreichen. Bei der Reinvestitionsquote ist der gleiche Verlauf zu beobachten.

Neben dem Sonderkonjunkturprogramm mit Effekten auf die Jahre 2010 und 2011, sind jedoch auch die folgenden größeren Anlagenabgänge mit ihren Auswirkungen in den Jahren 2007 bis 2009 zu beachten.

Jahr	Betrag in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2007	9.500	Grundstück Justiz- und Verwaltungszentrum
2008	19.207	Ausgliederung mattiaqua (Grundstück und Gebäude, ohne bewegl. Sachen)
	11.483	Übertragung von Grundstücken an den WIM-Liegenschaftsfonds
2009	38.360	Rhein-Main-Halle / Ausgliederung TriWiCon
	3.792	Polizeipräsidium

Zusätzlich war die Kennzahl im Jahr 2008 durch die vollständige bilanzielle Umgliederung von Grundstücken aus dem Umlauf- in das Anlagevermögen aufgrund der Änderung der Bewertungsmaßstäbe beeinflusst.

Jahresabschluss 2011

2.9 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

in Mio. €	2008	2009	2010	2011
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen ¹⁶	340,3	364,1	380,4	412,8
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>		31,5	57,1	55,3
<i>davon Tagesgeld</i>				42,0
Schuldendienst gesamt	36,1	28,4	30,6	31,9
davon Zinsen ¹⁷	19,7	14,1	14,3	14,7
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>		0,1	1,3	2,3
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>				0,04
davon Tilgung	18,7	14,6	15,9	17,2
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>			1,1	1,5

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2011 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben¹⁸ sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33%, Bundesprogramm 87,5%) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Neu hinzu kam die Aufnahme von Tagesgeldern mit einem Bestand von 42 Mio. € zum 31.12.2011. Darin ist ein Anteil der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) in Höhe von 9,9 Mio. € aufgrund des Cash-Pools mit den ELW enthalten. In gleicher Höhe besteht eine Forderung gegenüber den ELW. Die Landeshauptstadt Wiesbaden reduzierte ihren Anteil bereits im Januar 2012 wieder auf 1,1 Mio. €.

Trotz der weiterhin schwierigen Lage konnte die Summe der Kreditverbindlichkeiten - ohne Sonderkonjunkturprogramm und ohne Tagesgeld - und damit auch der Zinsaufwand auf einem im Vergleich zu den Vorjahren nahezu konstanten Niveau gehalten werden.

Pro-Kopf-Verschuldung	2007	2008	2009	2010	2011
inkl. Sonderkonjunkturprogramm	1.281,88 €	1.236,36 €	1.322,97 €	1.381,86 €	1.499,89 €
ohne Sonderkonjunkturprogramm	1.281,88 €	1.236,36 €	1.208,51 €	1.174,36 €	1.299,12 €

Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Ohne Sonderkonjunkturprogramm ist eine leicht steigende Tendenz zu erkennen. Dies korreliert jedoch mit den Investitionsprogrammen der vergangenen Jahre und dem Ausbau der Kinderbetreuung.

¹⁶ Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils auch die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B.

¹⁷ Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Gesamtergebnisrechnung (d.h. inklusive Abgrenzung) entnommen. Der ausgewiesene Zinsaufwand in 2008 wird infolge einer unterlassenen Abgrenzung verfälscht dargestellt.

¹⁸ Förderrichtlinien zum Gesetz zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms.

2.10 Chancen

Demographische Entwicklung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden zählt nach den neuesten Analysen¹⁹ zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

Neubau Rhein-Main-Halle

Durch den Neubau der Rhein-Main-Halle (geplant bis 2017) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

Niedriges Zinsniveau

Das derzeit niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung, wobei die Liquiditätswirkung mit dazu beiträgt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bislang ohne Kassenkredite auskommt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden sichert das Zinsniveau über Forward-Kredite.

2.11 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt ergeben sich naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2011 auf 837.718 Tsd. €. Davon resultieren rund 309.456 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Demnach ist das Ertragsaufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden im Wesentlichen von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen. Zum gleichen Risikobereich zählt die Verabschiedung von Rechtsvorschriften ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Beispielsweise wurde an der am 01.09.2009 in Kraft gesetzten Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO) die mangelhafte Gegenfinanzierung durch viele Kommunen einschließlich der Landeshauptstadt Wiesbaden bemängelt.

¹⁹ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Jahresabschluss 2011

In diesem Fall trat die Landeshauptstadt Wiesbaden einem Grundrechtsklageverfahren mehrerer Hessischer Kommunen vor dem Hessischen Staatsgerichtshof²⁰ bei. Im Ergebnis stellte der Hessische Staatsgerichtshof nunmehr im Juni 2012 die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung fest, monierte aber im gleichen Urteil die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen. Durch die mittlerweile zwischen den hessischen kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Hessen getroffene Vereinbarung zum Ausgleich für die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 17.12.2008 fließt den hessischen Kommunen insgesamt ein Betrag in Höhe von 455.700 Tsd. € zu. Eine erste Abschlagzahlung in Höhe von ca. 3.700 Tsd. € erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2013.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Gesellschaften durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u.a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es keine Mehrheitsgesellschaft, wonach zu diesem Fragenkreis Beanstandungen im Jahr 2011 festzustellen sind. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

²⁰ siehe auch das Urteil des Staatsgerichtshofs zur Mindestverordnung vom 06.06.2012, Az. P.St. 2292

Für **Kapitalgesellschaften**, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden befindet, hält die Landeshauptstadt Wiesbaden Ausfallbürgschaften in Höhe von 604.788 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

Feierabendheim Simeonhaus GmbH und AltenHilfe Wiesbaden GmbH

Für die Gesellschaften besteht das Marktrisiko darin, weniger Pflegeplätze belegen zu können und damit die gewährten Kassenkredite in Höhe von 7.254 Tsd. € und 1.350 Tsd. € nicht bedienen zu können. Aufgrund des guten Auslastungsgrades besteht jedoch derzeit nur ein geringes Risiko.

Mattiaqua

Ein Risiko besteht darin, dass der vorher definierte Betriebskostenzuschuss an mattiaqua (z.B. durch saisonale, witterungsbedingte Umsatzeinbrüche) am Ende des Jahres erhöht werden muss.

Horst-Schmidt-Kliniken GmbH

Derzeit (Stand: März 2013) lediglich geringe Risiken erkennbar.

TriWiCon

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass während Abriss und Neubau der Rhein-Main-Halle Erträge wegfallen. Auch für die Zeit nach der erneuten Inbetriebnahme (geplant 2017) besteht das Risiko der Vermarktung. Beides würde sich über steigende Zuschüsse bzw. Abschreibungen auf den Firmenwert und damit auf den Abschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken.

Verkehr

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH (WVV) aus. So können steigende Energiekosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Auch das Einnahmeaufteilungsverfahren mit dem Rhein Main Verkehrsverbund kann sich ungünstig auf das Ergebnis des Teilkonzerns WVV auswirken.

Wasserversorgung

Im Rahmen eines Kartellverfahrens der Landeskartellbehörde verlangte diese Preissenkungen von bis zu 40% von der ESWE Versorgungs AG. Die Maßnahme hat Rückwirkungen von bis zu fünf Jahren. Die ESWE Versorgungs AG hat hierfür Rückstellungen gebildet. Es bestand ebenfalls das Risiko einer verminderten Gewinnabführung an die Landeshauptstadt Wiesbaden und damit verringerte Spielräume für die Kommune. Dem Risiko wurde mit der Rekommunalisierung durch die Gründung der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 01.01.2012 entgegengewirkt.

4. Investition und Instandhaltung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

Jahresabschluss 2011

5. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien
- der Erlass von Dienstanweisungen
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt

6. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 80.508 Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit nicht erkennbar.

7. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

8. Betriebsprüfungen

Seit dem Jahr 2011 wird die Landeshauptstadt Wiesbaden einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung die Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

2.12 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2011 sowie Ausblick

Durch den anteiligen Verkauf (49%, Jahr 2012) der Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH (HSK) an die Rhön-Klinikum AG verbunden mit der Übergabe der Geschäftsleitung wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden von der Inanspruchnahme der Bürgschaften (77.209 Tsd. €, Stand 31.12.2011) und der Patronatserklärung gegenüber der HSK freigestellt. Die von der Landeshauptstadt Wiesbaden gewährten Kassenkredite (33.700 Tsd. €, Stand: 31.12.2011) wurden inzwischen vollständig zurückgezahlt. Die Rhön-Klinikum AG hat die Zahlungsfähigkeit der HSK sichergestellt. Darüber hinaus hat sich die Rhön Klinikum AG verpflichtet, umfangreiche Investitionen in einen Neubau und die Technik vorzunehmen. Auf diese Weise konnte die Zukunft der kommunalen Kliniken der Maximalversorgung sichergestellt werden.

Zum 01.01.2012 wurde der Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ gegründet (siehe auch Kap. „Risiken“).

Bereits im Jahr 2010 wurden per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Weichen für mehrere Großbauprojekte gestellt, die zu Kreditaufnahmen und finanziellen Belastungen in der Zukunft führen werden. Hierzu gehören u.a. der Sporthallen- und Gewerbekomplex am Platz der Deutschen Einheit, dessen Spatenstich im Juni 2012 stattfand. Die Fertigstellung ist für 2014 geplant. Auch der seitens der TriWiCon geplante Neubau der Rhein-Main-Hallen wird nicht ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden bleiben. Nachdem mittlerweile der alte Standort als Bauplatz feststeht, fand bereits ein Architektenwettbewerb statt. Die Entwürfe befinden sich derzeit in der Bewertung.

Zum Stichtag 01.01.2012 erstellt die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Konzernöffnungsbilanz. Der erste Gesamtabschluss folgt zum 31.12.2012.

Der Haushaltsplan 2012/2013 wurde am 21.02.2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 28.11.2012 von der Aufsichtsbehörde unter Auflagen genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 geht - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 61.759 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle und Sachanlagevermögen wurden - 59.735 Tsd. € geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 18.664 Tsd. €, der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 300.000 Tsd. € festgesetzt.

Jahresabschluss 2011

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2012 und 2013 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2011 gegenüber.

Position / Bezeichnung	HH Ansatz 2013	HH Ansatz 2012	Ist 2011	Plan akt. ²¹ 2011	HH Ansatz 2011
10 ordentliche Erträge	-932.263.075	-906.445.000	-839.405.020	-786.933.715	-806.259.615
19 ordentlicher Aufwand	1.005.736.121	983.656.108	915.671.512	872.971.204	896.381.613
20 Verwaltungsergebnis	73.473.046	77.211.108	76.266.491	86.037.489	90.121.998
21 Finanzerträge	-36.418.050	-36.419.050	-42.438.644	-18.270.310	-18.270.310
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	22.118.500	20.966.500	22.207.138	29.350.000	29.350.000
23 Finanzergebnis	-14.299.550	-15.452.550	-20.231.506	11.079.690	11.079.690
24 ordentliches Ergebnis	59.173.496	61.758.558	56.034.986	97.117.179	101.201.688
25 außerordentliche Erträge		0	-12.287.309	0	0
26 außerordentliche Aufwendungen		0	5.599.832	0	0
27 außerordentliches Ergebnis		0	-6.687.477	0	0
28 Jahresergebnis	59.173.496	61.758.558	49.347.508	97.117.179	101.201.688

Bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechenschaftsberichts sind noch nicht alle Jahresabschlussbuchungen 2012 erfolgt. Allerdings spiegelt sich die positiv geschilderte Wirtschaftslage für das Jahr 2012 mit Gewerbesteuererträgen in Höhe von 255.324 Tsd. € (Stand: 31.01.2013) wieder.

Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2012 beträgt 127.463 Tsd. €. Auch das vorläufige Ergebnis zeigt 127.463 Tsd. €. Aufgrund der Vorabveröffentlichung der Daten durch das Hessische Finanzministerium konnte der Betrag bereits genau geplant werden.

Im Endergebnis wird statt des prognostizierten Jahresfehlbetrags 2012 ein kleiner Überschuss ausgewiesen.

Die Kommunalwahl am 27.03.2011 führte zu einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse. Es bildete sich eine große Koalition aus SPD und CDU. Besonderes strategisches Gewicht legt die Koalition auf den Ausbau der Kinderbetreuung. Dies fand somit seinen Niederschlag im Haushalt 2012/2013. Für den Ausbau der Kinderbetreuung wurden jeweils 3 Mio. € konsumtiv und investiv in beiden Jahren angesetzt. Zusätzlich sind für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Schulen jeweils 3 Mio. € investiv in 2012 und 2013 eingeplant.

Auf Grundlage der weiterhin guten Prognose für das Steuervolumen geht die Landeshauptstadt Wiesbaden davon aus, den Jahresfehlbetrag der kommenden Haushaltsjahre deutlich reduzieren zu können.

Wiesbaden, den Mai 2013

Dr. Helmut Müller
Oberbürgermeister

²¹ Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste)

2.13 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen²²

Vermögenslage	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{23} \times 100}{\text{Sachanlagen zu. hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Finanzlage	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl (Durchschnitt 2007 - 2011)}}^{24}$
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

²² Die ausgewählten Kennzahlen bieten einen Einstieg in die kommunale Jahresabschlussanalyse. Allerdings ist die Zeitreihenanalyse noch vorsichtig zu bewerten, da in den ersten vier Jahren nach Erstellung der Eröffnungsbilanz, also bis einschließlich des Jahresabschlusses 2010, noch Korrekturen der Eröffnungsbilanz möglich gewesen sind, was zu Unschärfen in den Kennzahlen führen kann.

Durch die unterschiedlichen Ausprägungen der Vorschriften zur Doppik in den einzelnen Bundesländern und den verschiedenen Ausgestaltungen in den hessischen Kommunen / Landkreisen (z.B. Ausüben von Wahlrechten bei Ansatz und Bewertung) sind interkommunale Vergleiche der Jahresabschlüsse und damit die vergleichende Jahresabschlussanalyse nur erschwert möglich. Erwähnt seien an dieser Stelle die verschiedenen Bewertungsvorschriften, ausgeübte Wahlrechte, Kontenpläne und teilweise unterschiedlich gegliederte Rechenwerke bzw. Vorschriften zur Ergebnisverwendung.

Die Kennzahlendefinitionen erfolgten in Anlehnung an den KGSt -Bericht Nr. 1/2011 „Jahresabschlussanalyse im neuen Haushalts- und Rechnungswesen“. Die Kennzahl „Verschuldungsgrad“ wurde auf die Bedürfnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden aus Gründen der Vergleichbarkeit angepasst (ohne mittelbare Schulden).

²³ = Zugänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abgänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibung auf Anlagenabgänge und Umbuchungen

²⁴ Um Verzerrungen der Kennzahl aus einer Melderegisterbereinigung im Jahr 2010 und dem Zensus 2011 in dieser und künftigen Zeitreihen auszuschließen, wurde mit einer über die Jahre 2007 bis 2011 gemittelten Einwohnerzahl (275.246 Ew.) gerechnet.

Jahresabschluss 2011

Auf die Darstellung von horizontalen (z.B. Anlagendeckungsgrade) und vertikalen Bilanzkennzahlen (z.B. Eigenkapitalquote) wurde, im Gegensatz zum Jahresabschluss 2009, aus Gründen mangelnder Aussagefähigkeit der Kennzahlen bzw. mangelnder Eignung für die Analyse des kommunalen Jahresabschlusses verzichtet. Zum einen wohnt dem Eigenkapital aufgrund seiner rein rechnerischen Ermittlung zur Eröffnungsbilanz ein anderer Charakter als dem Eigenkapital einer Kapitalgesellschaft inne. Zum anderen verfügen Kommunen in einem hohen Maße über nicht veräußerbare Sachanlagevermögen, welches nicht ohne weiteres mit dem Betriebsvermögen eines Wirtschaftsunternehmens zu vergleichen ist.

Kennzahlen zur Vermögenslage

Investitionsquote

Die Investitionsquote beschreibt die prozentuale Höhe der Nettoinvestitionen in Sachanlagen im Verhältnis zum Gesamtwert der Sachanlagen, bewertet zu den historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Jahresbeginn.

Reinvestitionsquote

Die Reinvestitionsquote veranschaulicht das Verhältnis zwischen den Nettoinvestitionen in Sachanlagen sowie den im Haushaltsjahr verbuchten Abschreibungen auf Sachanlagen und ist damit ein Indikator für die Investitionspolitik der Kommune. Sie verdeutlicht, inwieweit die Investitionen den Wertverlust durch Abschreibungen ausgleichen.

Die Kennzahlen lassen ansatzweise Wachstums- oder Schrumpfungstendenzen sichtbar werden. Allerdings sind die Kennzahlen für die Jahre 2007 bis 2010 infolge rückwirkender Korrekturen der Eröffnungsbilanz nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad gibt das Ausmaß an, in dem Investitionen durchgeführt werden könnten, ohne den Geld- bzw. Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen. Je höher der Selbstfinanzierungsgrad ausfällt, desto besser ist die Investitionskraft der Landeshauptstadt Wiesbaden einzuschätzen. Beträgt die Quote mehr als 100%, kann der Zahlungsmittelsaldo (CF) aus laufender Verwaltungstätigkeit über die Finanzierung der Investitionen hinaus auch noch zur außerplanmäßigen Schuldentilgung oder zur Ansammlung von Reserven verwendet werden. Im Gegenzug können Investitionen bei einem Wert von unter 100% nur mit entsprechend hohen Liquiditätsreserven aus Vorjahren oder Liquiditätszuwächsen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen oder sonstige liquiditätswirksame Vorgänge ohne zusätzliche Kreditaufnahme getätigt werden.

Kennzahlen zur Finanzlage

Pro-Kopf-Verschuldung

Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus.

Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage

Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad

Der ordentliche Aufwandsdeckungsgrad drückt den Grad des Haushaltsausgleichs durch das ordentliche Ergebnis aus.

Steuerquote

Die Steuerquote gibt Aufschluss darüber, wie hoch der Anteil der Steuererträge an den Gesamterträgen ist. Sie verdeutlicht somit den Grad der Abhängigkeit von Steuererträgen. Den wesentlichen Beitrag leistet die Gewerbesteuer. Hier besteht das Risiko einer Abhängigkeit von einzelnen größeren in Wiesbaden ansässigen Steuerzahlern bzw. Branchen.

Eine hohe Steuerquote gibt einen Hinweis auf die Steuerertragskraft der Kommune. Eine hohe Steuerkraft leistet einen wesentlichen Beitrag zur Selbstfinanzierung von Investitionen und ähnlichem.

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote ist ein Maß für die Abhängigkeit der Kommune von den Ausgleichsmassen des kommunalen Finanzausgleichs. Den größten Anteil an den Zuwendungen haben die Schlüsselzuweisungen.

Personalaufwandsquote

Die Personalaufwandsquote ist ein Indikator für die Höhe des relativ fixen Aufwands für Personal und für die Auswirkungen von Gehaltsänderungen oder Entwicklungen bei den Sozialabgaben. Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Aufgaben wie Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft bedingt eine höhere Personalaufwandsquote, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Aufgabenstruktur und auch die Aufwände als solche zu verändern.

Zinslastquote

Die Zinslastquote gibt die Belastung wieder, die aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung anfällt. Sie zeigt sowohl kurzfristig als auch langfristig die Folgen und Auswirkungen von Kreditfinanzierungen auf.

Jahresabschluss 2011

3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2011 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim (AKK) zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.9.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es bei den Erläuterungen in Tsd. € - durch Rundungen bedingt - geringfügige Differenzen zu den exakten Werten in der Vermögens- und Ergebnisrechnung geben kann.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung hat sich gegenüber 2010 um 13.266 Tsd. € auf nunmehr 2.251.325 Tsd. € verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 88,7 %.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.365	3.627	-263
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	36.368	33.126	3.242
Gesamt	39.733	36.754	2.979

Wichtigster Posten mit 36.368 Tsd. € sind an Dritte gewährte Investitionszuschüsse. Sie betreffen im Wesentlichen Wohnungsbauprogramme, Kindertagesstätten, vereinseigene Sportanlagen sowie den Kulturbereich. Auch in 2011 wurden noch aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm bzw. Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes Zuschüsse geleistet (HSK, ELW, SEG).

3.1.2 Sachanlagevermögen

Unbebaute Grundstücke	Stand 31.12.2011 Tsd.€	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Erholungsflächen	26.732	25.703	1.029
Landwirtschaftsflächen	28.336	26.430	1.906
Bauland	22.055	27.069	-5.014
Wasserflächen	2.803	1.223	1.579
Verkehrsflächen	22.168	17.562	4.607
Friedhofsflächen	4.609	4.629	-19
Sonstige unbebaute Grundstücke	27.841	21.394	6.447
Gesamt	134.545	124.009	10.536

Nicht enthalten in dieser Position sind die öffentlichen Grünflächen und die Waldflächen, die unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen sind.

Bebaute Grundstücke	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Grundstücke der Schulen	195.851	203.112	-7.261
Grundstücke der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	26.973	27.316	-343
Grundstücke der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	8.618	8.618	0
Grundstücke der Sporteinrichtungen	23.354	23.619	-265
Grundstücke der Kultureinrichtungen	12.237	18.456	-6.219
Grundstücke des Brand- u. Katastrophenschutzes	7.452	7.510	-58
Grundstücke sonstiger Betriebsgebäude	20.800	24.646	-3.846
Grundstücke der Verwaltungsgebäude	6.268	6.268	0
Grundstücke anderer Bauten einschließlich Wohn- u. Mischgebäude	34.004	36.362	-2.358
Bebaute Grundstücke mit fremden Bauten	276	276	0
Erbbaurechte	0	0	0
Gesamt	335.834	356.183	-20.349

Die im Anlagenspiegel ausgewiesenen Abschreibungen für Grundstücke beinhalten Abschläge für Altlasten.

Die Veränderungen bei den unbebauten und bebauten Grundstücken resultieren im Wesentlichen aus der Nacherfassung von Flurstücksveränderungen des Zeitraums 01.01.2007 bis 31.12.2011.

Jahresabschluss 2011

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Schulbauten	291.077	228.229	62.847
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	25.633	25.972	-338
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.874	3.963	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	17.253	17.944	-691
Kulturgebäude	16.487	14.555	1.932
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	8.668	8.834	-165
Friedhofsgebäude	986	1.002	-15
sonstige Betriebsgebäude	6.843	2.365	4.478
Gebäude der Verwaltung	15.520	15.848	-328
Wohn- und Mischgebäude	23.290	20.486	2.803
Andere Bauten	1.309	571	738
Bauten auf fremden Grundstücken	363	372	-9
Außenanlagen	7.808	5.633	2.176
Gesamt	419.111	345.774	73.337

Die Schulgebäude bilden die wertmäßig mit Abstand größte Kategorie. In 2011 erhöhte sich der Wert der Schulbauten u.a. durch die Aktivierung von Sanierungsmaßnahmen bzw. Neubauten an verschiedenen Schulen (z.B. Werner-von-Siemens-Schule, Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, Leibnizschule). Bedeutsam waren dabei auch die Maßnahmen im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes.

Der Ausweis des Neubaus der Friedrich-von-Schiller-Schule / KT Künstlerviertel erfolgt bei den Mischgebäuden.

Weiterhin wurden beispielsweise der Neubau des Kunsthouses (Kulturgebäude) sowie die Sanierung des Parkhauses Theater (sonstige Betriebsgebäude) in diese Bilanzposition aufgenommen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Straßen	218.174	214.914	3.260
Wege, Plätze	24.483	22.571	1.912
Ingenieurbauten	60.134	58.440	1.693
Verkehrslenkungsanlagen	9.461	7.720	1.741
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	2	3	-1
Denkmäler	3.530	0	3.530
Öffentliche Grünflächen	43.458	38.042	5.416
Friedhofsanlagen	15.551	15.553	-1
Gewässerbauten	88	108	-20
Wald	46.263	42.575	3.688
Gesamt	421.143	399.926	21.217

Im Bereich der Straßen wurden neben den in 2011 durchgeführten Baumaßnahmen auch noch Projekte aus dem Jahr 2010 in die Bilanzposition aufgenommen: Goerdelerstraße, Ernst-Galonske-Straße, Fritz-Lenges-Straße, Verkehrsführung am Platz der deutschen Einheit.

Die Erhöhung im Bereich Wege, Plätze resultiert zum größten Teil wie bereits im Vorjahr aus der Aktivierung von Bauabschnitten der Fußgängerzone.

Bei den Denkmälern hat sich der Bestand u.a. durch die Errichtung des Mahnmals „Namentliches Gedenken“ am Michelsberg erhöht.

Im Bereich der öffentlichen Grünflächen sind der Kulturpark am Schlachthof sowie verschiedene Neugestaltungen von Kinderspielplätzen im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes hinzugekommen.

Weitere Veränderungen gab es bei den Grünflächen und Waldflächen durch die Nacherfassung von Flurstücksveränderungen des Zeitraums 01.01.2007 bis 31.12.2011.

Weiteres Anlagevermögen	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	191	5	186
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.618	21.171	4.446
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	84.688	152.113	-67.424

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 191 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Die Steigerung gegenüber 2010 resultiert aus der Aktivierung der Solaranlage Krautgarten.

Die Werte für die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind aufgrund der Inventurvereinfachungen in der Eröffnungsbilanz noch nicht repräsentativ, schärfen sich jedoch in den Folgejahren sukzessive nach.

Erhöht haben sich beispielsweise die im Anlagevermögen erfassten Buchwerte bei Fahrzeugen (rd. 311 Tsd. €), Mobiliar (rd. 1.623 Tsd. €) sowie Spielgeräten (rd. 686 Tsd. €) und Werkstatteinrichtungen (rd. 342 Tsd. €).

Im Rahmen des Sonderkonjunkturprogrammes wurden bewegliche Vermögensgegenstände in Höhe von rund 1.721 Tsd. € in das Anlagevermögen aufgenommen.

Die **Anlagen im Bau** sind mit 84.688 Tsd. € ausgewiesen. Die Reduzierung der Anlagen im Bau im Vergleich zum Vorjahr um 67.424 Tsd. € ergibt sich unter anderem aus der Aktivierung der abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes.

Noch nicht abgeschlossen sind beispielsweise die Sanierung des Brandschadens der Martin-Niemöller-Schule (rd. 9.556 Tsd. €), die Sanierung der Wartburg (rd. 4.482 Tsd. €), die Hochwasserschutzmaßnahme in Sonnenberg (rd. 2.706 Tsd. €) oder aus den Sonderinvestitionsprogrammen die Sanierung der Fichtestraße / Parkstraße (rd. 2.506 Tsd. €) und die Erweiterung der Feuerwache I (rd. 3.541 Tsd. €).

Jahresabschluss 2011

3.1.3 Finanzanlagen

	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	453.101	452.338	763
Beteiligungen und Zweckverbände	173.818	176.344	-2.526
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	69.547	46.011	23.536
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	18.188	42.311	-24.123
Wertpapiere	35.700	70.700	-35.000
Sonst. Ausleihungen	40.108	40.952	-844
Gesamt	790.462	828.656	-38.194

Im Zuge des Konzernabschlusses mussten die Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis neu geordnet werden. Daher gab es eine Verschiebung von der einen in die andere Bilanzposition.

Bei den Wertpapieren wurde ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.000 Tsd. € gekündigt und aufgrund der Niedrigzinsphase vorübergehend als Termingeld angelegt.

▪ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

mattiaqua

Da bei dem Eigenbetrieb Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2011 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 1.764 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar.

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

Der Anteilsbesitz der LH Wiesbaden stellt sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2011	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2010	EK-Gesamt EUR 31.12.2011
Anteile an verbundenen Unternehmen				
Sondervermögen				
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	17.008.346		17.008.346	17.288.262
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358	129.384.246
Mattiaqua	7.407.829		9.171.481	7.407.830
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961	
Summe Sondervermögen	148.908.494		150.672.146	
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen				
WV Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126	340.224.252
HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden	1	100	1	JA liegt nicht vor
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw. Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471	11.661.788
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	1.575.456	100	1.575.456	2.151.662
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	94,9	1	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136	8.194.946
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000	21.470
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.774.984	5,1	1.774.984	36.766.945
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186	3.805.000
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057	12.218.047
HSK, Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH, Wiesbaden	1	5,1	1	JA liegt nicht vor
Summe sonstige verbundene Unternehmen	304.192.419		304.192.419	
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	453.100.913		454.864.565	
Beteiligungen				
Zweckverbände				
NASPA	173.640.000	30	173.640.000	775.284.951
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1	
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1	
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1	
Naturpark Rhein-Taunus	1		1	
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1	
Summe Zweckverbände	173.640.000		173.640.000	
sonstige Beteiligungen				
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072	985.078
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden (abw. Wirtschaftsjahr 01.10.08-30.09.09)	0	49,9	0	1.001.972
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471	241.000
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431	JA liegt noch nicht vor
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	24,6	6.150	39.284.875
Exina GmbH	9.000	33,33	9.000	JA liegt noch nicht vor
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500	1.952.130
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	177.624		177.624	
Summe Beteiligungen	173.817.624		173.817.624	

Jahresabschluss 2011

Hinweis

Zur Vereinfachung des zukünftigen Konzernabschlusses der Landeshauptstadt Wiesbaden ist es gesetzeskonform, kommunale Unternehmen, die bisher unter der Position „Beteiligungen“ ausgewiesen wurden, den „verbundenen Unternehmen“ zuzuordnen. Im Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden 2011 ist daher der Ausweis geändert. Die Gesellschaften GeWeGe, SEG, ESWE Verkehr und HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken wurden, in Abstimmung mit dem Revisionsamt, von den „Beteiligungen“ den „verbundenen Unternehmen“ zugeordnet. Daher weicht die vorstehende Tabelle in den Buchwerten zum 31.12.2010 von den Bilanzwerten zum 31.12.2010 ab.

▪ Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital von einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €) sowie neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **Wertpapieren des Anlagevermögens** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

In 2011 wurde ein Schuldscheindarlehen über 35.000 Tsd. € bei der EurohypoAG gekündigt, aufgrund der Niedrigzinsphase wurde der Betrag als Termingeld angelegt.

Die **Ausleihungen** (an verbundene Unternehmen 69.547 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 18.188 Tsd. € und an Sonstige 40.108 Tsd. €) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es sind - politisch gewollt - niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen	Stand 30.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
GWV	41.536	42.370	-834
GeWeGe	19.491	19.320	171
Nass. Heimstätte	17.988	17.873	115
Private/ Vereine	15.797	16.303	-506
GWH	14.730	14.935	-205
Geno50	4.942	5.010	-68
SEG	4.763	4.818	-55
GSWerk	4.637	4.704	-67
Mattiaqua	2.935	3.215	-280

3.1.4 Umlaufvermögen

▪ Vorräte

Da es kein wesentliches Vorratsvermögen in den Lagern gibt, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 43.550 Tsd. € ausgewiesen.

In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert.

Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Weitere größere Forderungen i. H. v. 8.261 Tsd. € bestehen gegenüber der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (u. a. Gemeindeanteile IV. Quartal von Einkommensteuer und Umsatzsteuer).

▪ Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer haben im Vergleich zur Schlussbilanz 2010 um 6.239 Tsd. € abgenommen auf insgesamt 35.076 Tsd. €.

Davon sind 20.334 Tsd. € seit mehr als drei Jahren überfällig (Forderungen mit einer Fälligkeit bis 31.12.2008).

Die überfälligen Altforderungen und mehrere hohe Einzelwertberichtigungen aufgrund von Insolvenzen sind die Ursachen dafür, dass trotz des Rückgangs der Forderungen bei den Wertberichtigungen zu Steuern und Abgaben kein entsprechender Rückgang zu verzeichnen ist, sondern stattdessen ein Anstieg um 545 Tsd. € auf nun mehr insgesamt 21.409 Tsd. €.

Der starke Anstieg der Forderungen aus Spielapparatesteuer resultiert aus einer Satzungsänderung zum 01.01.2011, die eine Erhöhung der Spielapparatesteuer beinhaltete. Aufgrund dieser Erhöhung waren zum 31.12.2011 mehrere Gerichtsverfahren anhängig, die erst im Folgejahr zugunsten der LHW entschieden wurden. Für die Rückstände wurden mit den Steuerschuldnern mittlerweile Ratenvereinbarungen abgeschlossen.

Der Anstieg bei den Forderungen aus Konzessionsabgabe ist in einer genaueren Periodenzuordnung der Forderungen begründet.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren mussten diesmal in Höhe von 1.235 Tsd. € vorgenommen werden.

Jahresabschluss 2011

	Stand 31.12.2011 in Tsd. €	Stand 31.12.2010 in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
Gewerbsteuer	35.076	41.315	-6.239
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	1.995	2.167	-172
Grundsteuer	1.228	1.226	2
Konzessionsabgabe	527	10	517
Sonstige Abgaben	171	212	-41
Spielapparatesteuer	626	16	609
Hundesteuer	125	90	35
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	1.235	335	900
Wertberichtigungen	-21.409	-20.863	-546
Gesamt	19.646	24.508	-4.862

▪ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit insgesamt 8.395 Tsd. € nur leicht unter dem Endbestand 2010.

Innerhalb dieser Position wurden 2.499 Tsd. € an Wertberichtigungen gebucht. Weiterhin wurden Umgliederungen für kreditorischen Debitoren i. H. v. 856 Tsd. € vorgenommen.

▪ Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sind gegenüber der Schlussbilanz 2010 stark angestiegen: von 59.096 Tsd. € auf nunmehr 90.976 Tsd. €.

Die Ursachen für diesen Anstieg liegen im Wesentlichen in den stark angestiegenen Forderungen aus Betriebsmittelkrediten sowie in zusätzlichen Forderungen aus dem in 2011 gestarteten Cash-Pool-Projekt (konzerninterner Liquiditätsaustausch zwischen der LHW und den Entsorgungsbetrieben; die LHW ist dabei die zentrale Poolingeinheit für die Geldmarktaktivitäten).

Die wesentlichen Veränderungen im Einzelnen:

Die **Forderungen aus Steuern und Abgaben** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhen sich um 707 Tsd. € auf nunmehr 722 Tsd. €. Den höchsten Anteil daran hat die Forderung aus Konzessionsabgabe gegenüber der ESWE Versorgungs AG i. H. v. 650 Tsd. €.

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhen sich um 20.614 Tsd. € auf nunmehr 72.304 Tsd. €. Dazu kommen Zinsforderungen aus diesen Krediten i. H. v. 1.210 Tsd. €. Im Detail setzen sich die Forderungen wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung	Zinsforderung
HSK Rhein-Main GmbH	33.700 Tsd. €	503 Tsd. €
WVV Wiesbaden Holding GmbH	30.000 Tsd. €	205 Tsd. €
Feierabendheim Simeonhaus GmH	7.254 Tsd. €	327 Tsd. €
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350 Tsd. €	175 Tsd. €
Gesamt	72.304 Tsd. €	1.210 Tsd. €

Im Rahmen des in 2011 gestarteten **Cash-Pool-Projekts** bestehen zum 31.12.2011 Forderungen i. H. v. 9.900 Tsd. € gegenüber den Entsorgungsbetrieben.

In gleicher Höhe bestehen Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten gegenüber der Nassauischen Sparkasse.

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben weist die LHW weiterhin im Rahmen der **Umsatzsteuerabwicklung** eine Forderung i. H. v. 618 Tsd. € aus.

In gleicher Höhe besteht eine Verbindlichkeit aus Umsatzsteuerzahllast der Entsorgungsbetriebe gegenüber dem Finanzamt Wiesbaden.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.329 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind. Die wesentlich darin enthaltenen Positionen:

Name	Forderung
Entsorgungsbetriebe der LHW	2.775 Tsd. €
Mattiaqua	895 Tsd. €
TriWiCon	410 Tsd. €
Rhein-Main-Hallen GmbH	180 Tsd. €
Kurhaus Wiesbaden GmbH	42 Tsd. €
WVV Wiesbaden Holding GmbH	27 Tsd. €
Gesamt	4.329 Tsd. €

Für antizipative Abgrenzungen aus Zinserträgen aus Ausleihungen bestehen zum Bilanzstichtag sonstige Forderungen i. H. v. 272 Tsd. €.

▪ **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten vor allem die Nebenforderungen (6.923 Tsd. €) und Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.283 Tsd. €).

Weiterhin enthalten sind sonstige Forderungen aus antizipativer Abgrenzung i. H. v. 299 Tsd. € für Zinserträge aus Termingeldern und 53 Tsd. € Zinserträge aus Ausleihungen und Kassenkrediten.

Die Wertberichtigung für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt 5.084 Tsd. €. Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 5.772 Tsd. € vorgenommen.

Jahresabschluss 2011

▪ Wertpapiere des Umlaufvermögens

Das zum 31.12.2010 hier ausgewiesene gekündigte Schuldscheindarlehen i. H. v. 35.790 Tsd. € ist mittlerweile zurückgeflossen. Weitere Wertpapiere des Umlaufvermögens befinden sich nicht im Bestand der LHW.

▪ Flüssige Mittel

Diese enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 4.849 Tsd. € sowie Festgelder (71.800 Tsd. €) bei diversen Banken und Sparkassen. Der unter 3.1.4.7 erwähnte Rückfluss des Schuldscheindarlehens wurde komplett als Termingeld angelegt und ist in den 71.800 Tsd. € enthalten.

Weiterhin enthalten sind Bestände von Bankkonten i. H. v. 3.852 Tsd. €, die von der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) treuhänderisch verwaltet werden sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 7 Tsd. €.

3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (6.072 Tsd. €) sowie im Dezember 2011 gezahlte Transferaufwendungen (14.711 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.455 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Die sonstigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind stark zurückgegangen (von 2.749 Tsd. € auf 283 Tsd. €). Zum 31.12.2010 wurden überwiegend Zahlungen von Betriebskostenzuschüssen für die Eigenbetriebe abgegrenzt. Zum 31.12.2011 waren keine Abgrenzungen notwendig, da in einigen Fällen die Zahlungen der Betriebskostenzuschüsse später angeordnet wurden (erst Anfang 2012) und in anderen Fällen eine genauere Periodenzuordnung aufgrund konzerninterner Abstimmung erfolgte.

3.1.6 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Da ab 2011 keine Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, blieb die Nettoposition unverändert.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2011 wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses 2010 i. H. v. 50.476 Tsd. € durch eine Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen, so dass sich der Bestand der Rücklage auf 82.217 Tsd. € reduziert hat.

Der Ausgleich des Fehlbetrags des außerordentlichen Ergebnisses 2010 i. H. v. 2.723 Tsd. € reduzierte die Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses auf 11.224 Tsd. €.

Zweckgebundene Rücklagen

Die Gebührenausgleichsrücklage Friedhöfe - als einzige zweckgebundene Rücklage - wurde in 2011 in Höhe von 1.361 Tsd. € aufgrund der gesetzlichen Änderung der Gemeindehaushaltverordnung in einen Sonderposten umgebucht (weitere Erläuterungen siehe Kap. 3.1.7).

Sonderrücklagen

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungskapital.

3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LH Wiesbaden 245.092 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Stand 31.12.2010 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	202.071	186.439	15.632
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	2.002	1.129	873
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	41.008	43.427	-2.420
Gesamt	245.081	230.996	14.085
nachrichtlich Gebührenausgleichsrücklage	12	0	12
Gesamt	245.092	230.996	14.096

Die Erhöhung resultiert vor allem aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm und erhaltenen Zuschüssen für Straßenbaumaßnahmen (beispielsweise Goerdelerstraße).

Aus der Gebührenausgleichsrücklage wurden nach Umbuchung in den Sonderposten 1.361 Tsd. € entnommen, so dass sich der Bestand auf 12 Tsd. € reduziert hat.

Jahresabschluss 2011

3.1.8 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LH Wiesbaden für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2011 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 388.388 Tsd. € gegenüber 1.939 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.156 Anwärter/-innen (179.248 Tsd. €) und 783 Pensionsbezieher/-innen (209.140 Tsd. €), d.h. Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2011 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 48.053 Tsd. € gegenüber 1.939 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.156 Anwärter/-innen (20.155 Tsd. €) und 783 Pensionsbezieher/-innen (27.898 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 3.832 Tsd. € und wurde für 71 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Beamtinnen/ Beamten betragen zum 31.12.2011 1.667 Tsd. €, die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Tarifbeschäftigten 2.165 Tsd. €.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i.d.R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen. Im Falle des Arsenschadens in den Rheinwiesen hat sich herausgestellt, dass die Sanierung günstiger durchgeführt werden kann als angenommen. Die gebildete Rückstellung konnte daher wegen Nichtinanspruchnahme um 433.Tsd. reduziert werden. Zusammen mit der regulären Auflösung gemäß Aufwand ergibt sich ein Stand von 690 Tsd. €.

Gemäß der Hessischen Gemeindehaushaltsverordnung ist für unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Anhand der ermittelten Werte der ausgewählten Maßnahmen wurde mittels Hochrechnung die Höhe der Rückstellung zum 31.12.2011 auf 1.969 Tsd. € festgelegt.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2010 wurde zweckentsprechend i.H.v. 220 Tsd. € verwendet und i.H.v. 134 Tsd. € wegen Nichtverwendung aufgelöst.

Sonstige Rückstellungen

Die **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD** hat sich um 29 Tsd. € auf 2.125 Tsd. € reduziert. Eine einmalige Ausschüttung des Leistungsentgeltes der Jahre 2007 bis 2010 in Höhe von 1.217 Tsd. € reduzierte in 2011 im Saldo die reguläre Zuführung für 2011 von 1.188 Tsd. €.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen hat sich von 2.658 Tsd. € auf 2.188 Tsd. Euro reduziert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung für die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem **Künstlerviertel** i. H. v. 150 Tsd. € hat sich durch Verbrauch/ Auflösung weiterhin um 100 Tsd. € reduziert.
- Aus der Rückstellung für die **Photovoltaikanlage** auf der städtischen Deponie wurden 50 Tsd. € entnommen, um den ELW den Verlust in 2011 gemäß Stvv-Beschluss auszugleichen.
- Die in 2010 gebildete Rückstellung i. H. v. 269 Tsd. € für eine **drohende Zuschuss-Rückforderung** des Bundes im Zusammenhang mit einer früheren Förderung für eine **überbetriebliche Berufsbildungsstätte** wurde in 2011 aufgelöst, da der Rückstellungsgrund durch einen entsprechenden Änderungsbescheid weggefallen ist.
- Die seit 2007 existierenden Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus schwebenden Verfahren in Höhe von 51 Tsd. € wurde ebenfalls aufgelöst, da hier zwischenzeitlich der Rückstellungsgrund entfallen ist.
- Neu gebildet wurde die Rückstellung für die Lebensarbeitszeitkonten der Beamten. Für die Jahre 2007 bis 2011 wurden insgesamt 3.218 Tsd. € zugeführt.

Rückstellungen für **Resturlaub, Überstunden und Jubiläen der Mitarbeiter** wurden aufgrund der geringen Bedeutung und schwierigen Ermittlung nicht gebildet.

3.1.9 Verbindlichkeiten

▪ Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2011

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten haben sich um 23.466 Tsd. € auf nunmehr 501.183 Tsd. € erhöht. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

▪ Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 32.488 Tsd. € auf 412.839 Tsd. € erhöht.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist fast ausschließlich auf die Zunahme der Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten zurückzuführen: von 0 € zum 31.12.2010 auf 42.000 Tsd. € zum 31.12.2011. Davon wurden 9.900 Tsd. € für die Entsorgungsbetriebe im Rahmen des Cash Pool-Projekts aufgenommen und an sie weitergeleitet. In gleicher Höhe bestehen deshalb sonstige Forderungen gegenüber den Entsorgungsbetrieben (siehe auch Erläuterungen zu 3.1.4.5).
- Die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten gegenüber dem Kreditmarkt sind nur geringfügig um 946 Tsd. € auf 275.949 Tsd. € angestiegen.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern konnten um 8.404 Tsd. € auf nunmehr 38.195 Tsd. € reduziert werden.

Jahresabschluss 2011

- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sanken um 366 Tsd. € bzw. 1.486 Tsd. € auf nunmehr 11.711 Tsd. € bzw. 43.550 Tsd. €. Die Höhe des Landesanteil entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.

▪ **Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**

Diese Position enthält die Verbindlichkeiten aus Leibrenten (268 Tsd. €), zu deren Zahlung sich die LH Wiesbaden verpflichtet hat. Leibrenten sind von der Lebensdauer einer oder mehrerer bestimmter Personen (des Rentenberechtigten, des Rentenverpflichteten oder auch dritter Personen) abhängende Leistungen, die nur solange erfolgen, solange die versicherte Person lebt.

Solche Leibrenten vereinbart die LH Wiesbaden aktuell nicht mehr. Die bestehenden Verbindlichkeiten resultieren aus früheren Zahlungsverpflichtungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Kulturamtes.

▪ **Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen**

Hier werden vor allem Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten ausgewiesen (11.755 Tsd. €). Einen wesentlichen Anteil daran haben Verbindlichkeiten aus einer geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße i. H. v. 10.000 Tsd. €; die tatsächliche Auszahlung erfolgt erst in späteren Jahren.

Die Position enthält weiterhin Verbindlichkeiten aus erhaltenen Investitionszuwendungen u.a. vom Land und von Gemeindeverbänden i. H. v. 362 Tsd. €, sowie noch nicht gezahlte Erschließungsbeiträge i. H. v. 268 Tsd. €.

▪ **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit 8.961 Tsd. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 11.191 Tsd. €. Die Ursache hierfür ist zum einen eine genauere Zuordnung der einzelnen Verbindlichkeitsarten. In den Vorjahren wurden zum Teil Transferverbindlichkeiten als Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Eine weitere Ursache dürfte in der verkürzten Aufstellungsfrist für den Jahresabschluss begründet sein, die die periodengerechte Zuordnung der Verbindlichkeiten erschwert.

Weiterhin sind in dieser Position Umgliederungen für debitorische Kreditoren i. H. v. 3.585 Tsd. € enthalten.

▪ **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen enthalten im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Stiftungen (4.739 Tsd. €; verwendbares Stiftungskapital) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (4.557 Tsd. €).

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 264 Tsd. € vorgenommen.

▪ **Sonstige Verbindlichkeiten**

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten u. a. Umgliederungen von kreditorischen Debitoren (2.032 Tsd. €), sonstige durchlaufende Gelder sowie sonstige Verbindlichkeiten aus antizipativer Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen (2.724 Tsd. €).

Weitere wesentliche Bestandteile der sonstigen Verbindlichkeiten sind:

- 7.965 Tsd. € aus erhaltener und noch nicht zweckentsprechend verwendeter Fehlbelegungsabgabe,
- 2.301 Tsd. € aus einer erhaltenen und noch nicht zweckentsprechend verwendeten Ablösesumme für Stellflächen,
- 573 Tsd. € aus erhaltener und noch nicht ans Land Hessen weitergeleiteter Fehlbelegungsabgabe (Landesanteil: wird von LHW vereinnahmt und nach Abzug einer Verwaltungskostenpauschale periodisch ans Land weitergeleitet),
- 2.504 Tsd. € Zuweisungen aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, die von der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) im Namen der LH Wiesbaden abgerufen wurden, für die aber von der SEG zum Bilanzstichtag noch keine zweckentsprechenden Ausgaben getätigt wurden,
- 2.373 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2011, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2012 ausgezahlt wurden,
- 1.225 Tsd. € für zuviel erhaltene Eingliederungsleistungen in den Jahren 2007 und 2008, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zurückgefordert werden,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten um 6.008 Tsd. € auf nunmehr 50.218 Tsd. € ist im Wesentlichen auf den deutlich gesunkenen Betrag aus der Umgliederung von kreditorischen Debitoren zurückzuführen (von 9.834 Tsd. € auf 2.032 Tsd. €). In 2010 beruhte der hohe Umgliederungsbetrag auf zu früh abgerufenen Geldeingängen von Zuweisungen vom Bund.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

Weitere sonstige Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Einnahmen:

	Stand 31.12.2011 in Tsd. €	Stand 31.12.2010 in Tsd. €	Differenz in Tsd. € in Tsd. €
Garagenfonds	12.432	12.406	26
Offensive für Kinderbetreuung	2.976	2.908	68
Erschließungsbeiträge	268	170	98
LHW Anteil Sanierungsförderung	2.410	2.410	0
Biotopausgleich	929	943	-14
Nachlässe	1.081	965	116
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	144	368	-224
Grundwasserüberwachungsprogramm	201	201	0
Spenden	183	183	0
Ökokonto	9	9	0
Gesamt	20.633	20.563	70

Jahresabschluss 2011

In 2011 erfolgte die Rückgabe der Altenwohnanlage Schelmengraben I an die GWH. Der Anteil in den sonstigen Verbindlichkeiten für die Ausführung von Schönheitsreparaturen für diese Anlage in Höhe von 231 Tsd. € wurde an die GWH ausgezahlt.

3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34.859 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LH Wiesbaden ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LH Wiesbaden Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (1.541 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Sonstige Abgrenzungsposten mussten im Gegensatz zum 31.12.10 (1.347 Tsd. €) diesmal nur in deutlich geringerer Höhe (20 Tsd.) gebildet werden.

3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

In 2011 hatte die organisatorische Neuordnung der Dezernate nach der Kommunalwahl Auswirkungen auf die Teilergebnisrechnungen aller Dezernate im Vergleich zum Vorjahr. Die Vorjahreswerte entsprechen denen der den jeweiligen Dezernaten aktuell zugehörigen Profitcentern und können daher erheblich von den Werten des Jahresabschlussberichts 2010 abweichen.

Nähere Erläuterungen zu den Umorganisationen sowie eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen finden sich im Rechenschaftsbericht (Kap. 2)

3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß der geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme. Die Überleitungen erfolgen weiterhin trotz angespannter Haushaltslage, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten in der Regel einen Verlustvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2010 wurden 32.868 Tsd. € in das Jahr 2011 übergeleitet, die Überleitungen nach 2012 werden sich voraussichtlich auf ca. 37.438 Tsd. € belaufen.

3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses 2011 wird durch den Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2011 reduziert. Der verbleibende Fehlbetrag von 49.348 Tsd. € wird aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses gedeckt, die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses reduziert sich dadurch auf 32.870 Tsd. € € reduziert.

Jahresabschluss 2011

3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde mit der indirekten Methode aufgestellt, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird in Finanzmittelzuflüsse und -abflüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Trotz eines Jahresfehlbetrags i. H. v. 49.348 Tsd. € weist die LH Wiesbaden für das Jahr 2011 einen Finanzmittelüberschuss i. H. v. 16.619 Tsd. € aus, so dass sich die flüssigen Mittel auf 80.509 Tsd. € zum Ende des Geschäftsjahres erhöht haben.

Wie man anhand der folgenden Übersicht erkennen kann, wurde der negative Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit durch Überschüsse in den Finanzmittelflüssen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit kompensiert.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2010	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Differenz
Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-40.026 Tsd. €	-48.714 Tsd. €	-8.688 Tsd. €
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-45.217 Tsd. €	41.205 Tsd. €	86.422 Tsd. €
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-3.451 Tsd. €	24.128 Tsd. €	27.579 Tsd. €
Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag d. Haushaltsjahres	-88.695 Tsd. €	16.619 Tsd. €	105.314 Tsd. €
Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	152.584 Tsd. €	63.889 Tsd. €	-88.695 Tsd. €
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	63.889 Tsd. €	80.509 Tsd. €	16.620 Tsd. €

3.3.2 Erläuterung der erheblichen Unterschiede

Der Anstieg des Fehlbetrages beim Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- der starke Anstieg des Saldos aus Erträgen/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (von -654 Tsd. € auf -10.213 Tsd. €). Dieser Anstieg resultiert aus hohen außerordentlichen Erträgen aus Grundstücksverkäufen. Diese Erträge wirken sich positiv auf das Gesamtergebnis 2011 aus. Die Einzahlungen aus diesen Erträgen mussten aber aus dem Saldo des Finanzmittelflusses aus Verwaltungstätigkeit eliminiert werden (in Zeile 5 des Musters), da sie bereits beim Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit berücksichtigt werden (Zeile 11 des Musters).
- Die Zunahme der Forderungen von 8.569 Tsd. € in 2010 auf 19.908 Tsd. € in 2011. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Zunahme der Forderungen aus Betriebsmittelkrediten an die HSK Rhein Main GmbH sowie die Forderungen i. H. v. 9.900 Tsd. € an die Entsorgungsbetriebe im Rahmen des Cash Pool-Projekts.

Der Überschuss beim Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Den Anstieg bei den Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögens (von 8.776 Tsd. in 2010 auf 18.456 Tsd. in 2011); siehe auch die Erläuterungen zum Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit.
- Den Rückgang der Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen (von -88.380 Tsd. € in 2010 auf -76.094 Tsd. € in 2011) ist auf das Nachlassen des Effekts aus dem Sonderkonjunkturprogramm zurückzuführen.
- Rückflüsse aus zwei fälligen Schuldscheindarlehen i. H. v. 70.790 Tsd. € führten in 2011 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg bei den Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens (von 2.556 Tsd. € in 2010 auf 73.689 Tsd. €). Die sonstigen Einzahlungen dieser Zeile blieben nahezu unverändert, da sie aus Tilgungszahlungen für langfristige Ausleihungen resultieren.

Der Überschuss beim Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit ist ausschließlich auf die Aufnahme von Kassenkrediten zum Bilanzstichtag zurückzuführen. Die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der LHW wird ausführlich im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) erläutert.

Erläuterungen zum Plan- / Ist-Vergleich sind dem Kapitel 2.8 Entwicklung der Finanzlage zu entnehmen.

Jahresabschluss 2011

3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Investitionen	Ausgaben	Restbudget bzw. max. Überleitung
	Ist Tsd. €	Tsd. €
Dez. I	5.118,82	30.749,11
Dez. II	3.035,73	9.710,63
Dez. III	2.788,54	8.586,85
Dez. IV	14.616,28	12.369,62
Dez. V/ Schule	15.982,11	5.574,30
Dez. V / Kultur	5.138,37	5.227,15
Dez. VI	4.046,30	20.434,17
Dez. VII	3.271,82	2.356,57
Sonderkonjunktur-Schule	11.339,68	--
Sonderkonjunktur - Infrastruktur	4.822,02	--
Summe	70.159,68	107.984,46

Instandhaltung	Ausgaben	Restbudget bzw. max. Überleitung
	Ist Tsd. €	Tsd. €
Dez. I	3.779,82	9.845,80
Dez. II	149,09	1.506,39
Dez. III	1.339,69	1.848,54
Dez. IV	7.499,15	2.026,74
Dez. V / Schule	3.542,31	0,00
Dez. V / Kultur	367,47	338,00
Dez. VI	2.920,01	3.732,47
Dez. VII	1.318,75	1.611,58
Sonderkonjunktur-Schule	2.319,23	-
Sonderkonjunktur - Infrastruktur	501,88	-
Summe	23.737,40	20.382,15

Gesamt Investition + Instandhaltung	93.897,07	148.366,61
--	------------------	-------------------

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle:

- Zum Stand 31.10.2012
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatzuschnitte ab September 2011. Aufgrund der zahlreichen struktureller Veränderungen wird auf die Darstellung der Vorjahre verzichtet.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können. Die Investitionsmittel im Budget VI wurden um 30 Mio. Eigenkapitaleinlage WVV bereinigt, der erst nach dem Datenabzug eingespart wurden..
- Die Maßnahmen des Sonderkonjunkturprogramms sind gemäß der jeweiligen Förderrichtlinien in den Jahren 2009-2011 umzusetzen. Aufgrund der Besonderheiten der Fördersystematik wurden die entsprechenden Budgets unabhängig vom voraussichtlichen Jahr der Verausgabung vollständig in 2009 eingestellt.

3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen Tsd. €		Rest aus 2010	Ansatz 2011	Aktualisierter Ansatz 2011	Ausgaben 2011	Restbudget bzw. max. Überleitung
I.01896	40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	0,00	157,58	6.859,88	6.859,88	0,00
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	0,00	3.700,00	3831,73	3.831,73	0,00
I.02338	40 SK Geschw.-Scholl-Sch. Sanier. & energetische Ertüchtigung	0,00	3.609,41	3.623,41	3.623,41	0,00
I.00252	40 A.-Stifter-Schule Ersatzbau Grundsc	200,00	1.399,43	2.016,08	2.016,08	0,00
I.02327	40 SK Schulze-Delitzsch-Schule Bau N	0,00	1.994,60	2.007,78	1.835,85	0,00

(Stand: 04/2013)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus den Investitions- und Instandhaltungsprogramm werden im Jahresabschluss 2011 erstmals aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

Die Erläuterung der Maßnahmen aus den Sonderkonjunkturprogrammen wird bis zum Abschluss der Programme wegen der dezernatsübergreifenden Abwicklung weiterhin hier abgebildet.

Jahresabschluss 2011

Im Folgenden werden die wesentlichen Einzelpositionen aus dem Sonderkonjunkturprogramm erläutert (> 1 Mio. € in 2011):

In der Geschwister-Scholl-Schule wurden für die Erweiterung und die energetische Sanierung 3,6 Mio. € verausgabt (Gesamtkosten 5,3 Mio. €).

Für die Errichtung des Neubaus des Baus N an der Schulze-Delitzsch-Schule im Passivhausstandard wurden 1,8 Mio. € investiert. Die Baumaßnahme wurde unterdessen im März 2012 mit insgesamt 4,0 Mio. € abgeschlossen.

Die beiden Standorte der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule sollten in einen Standort zusammengeführt werden. Dazu wurde ein zusätzliches Gebäude im Passivhausstandard errichtet und nach Fertigstellung und Umzug das Gebäude am 2. Standort abgerissen. Für die Zusammenlegung der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule wurden in 2011 1,5 Mio. € gezahlt insgesamt wurde die Maßnahme mit 5,9 Mio. € abgerechnet.

Die Ernst-Göbel-Schule wurde als zweizügige Grundschule mit einem entsprechenden Betreuungsangebot ausgebaut. Für den Ersatzneubau wurden ebenfalls 1,5 Mio. € kassenmäßig abgerechnet.

Die Dachsanierung der Kellerskopfschule verursachte in 2011 Ausgaben von 1,1 Mio.€ und schloss mit Gesamtkosten von 1,8 Mio. ab.

Die Errichtung der Leitfunkstelle und die Erweiterung der Feuerwache I wurde mit Gesamtkosten von 3,5 Mio. € abgerechnet, davon entfielen 1,3 Mio. € auf 2011. Dabei wurden neben einer zentralen Leitfunkstelle auch neue Räumlichkeiten für die Freiwillige Feuerwehr und Büros für den Einsatzdienst geschaffen.

Die Sanierung des Stadtarchivs wurde in 2011 mit 1,0 Mio. € Zuschuss an die SEG vollständig durchgeführt, dazu gehörten u.a. Sanierung des Daches und der Einbau einer Klimaanlage, Brandschutzmaßnahmen und der Einbau eines Rollregales.

3.5 *Rechtliche Grundlagen*

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LH Wiesbaden.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Seit dem 1. April 2006 beträgt die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung fünf Jahre. Im März 2011 fand die Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gab es in 2011 die folgenden **Fraktionen**

	Bis 31.03.2011	Ab 01.04.2011
Christlich Demokratische Union (CDU)	29 Sitze	27 Sitze
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	25 Sitze	23 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	10 Sitze	16 Sitze
Freie Demokratische Partei (FDP)	7 Sitze	3 Sitze
Die Republikaner (REP)	4 Sitze	-
Linke Liste (LiLi)	3 Sitze	-
Linke Liste (LiLi)/ Piraten-Partei	-	4 Sitze
Bürgerliste Wiesbaden (BLW)	3 Sitze	3 Sitze

Die beiden Mandatsträger der Republikaner bilden keine Fraktion, da nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung eine Fraktion aus mindestens drei Stadtverordneten bestehen muss.

Die Stadtverordneten Christian Bachmann, Brigitte Susanne Pöpel und Veit Wilhelmy waren zum 31.12.2011 fraktionslos.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher (bis 31.03.2011 und seit 01.04.2011)

Nickel, Wolfgang

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher/in:

Bis 31.03.2011	Ab 01.04.2011, Stand 31.12.2011
Kopp, Angelika	Göttenauer, Michael
Große, Claus-Peter	Große, Claus-Peter
Queck, Katharina	Queck, Katharina
Schwarz, Wolfgang	Schickel, Hans-Peter

Jahresabschluss 2011

Weitere Stadtverordnete

Bis 31.03.2011	Ab 01.04.2011, Stand 31.12.2011
Abt, Richard	Abt, Richard
Altz, Richard	Altz, Richard
Becker, Jürgen	Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee
Bohrer, Hartmut	Angor, Dorothea
Braun, Karl	Apel, Michaela
Brenneis Dr., Helga	Bachmann, Christian
Burghard, Kai-Christofer	Becker, Jürgen (ab 06.05.2011)
Busse, Astrid	Belz, Stephan (ab 06.05.2011)
Coigné, Mechthilde	Bohrer, Hartmut
Das Gupta, Dipankar	Braun, Karl (ab 06.05.2011)
David, Michael	Burghard, Kai-Christofer (bis 30.09.2011)
Diefenbach, Renate	David, Michael
Diers, Christian	Delbasteh Dr., Rashid (ab 06.05.2011)
Dumont du Voitel, Sabine	Denne, Heike
Enderes, Mark Olaf	Diers, Christian
Ernst, Manfred	Dogan, Salih
Fleuren, Erika	Düe, Barbara
Freund, Renate	Dumont du Voitel, Sabine (ab 06.05.2011)
Gaedeke, Sabine	Enderes, Mark Olaf
Gerich, Sven	Franz, Kerstin
Glas, Rudolf-Lothar	Freund, Renate (ab 01.10.2011)
Gores, Wolfgang	Geis, Kerstin
Gretz-Roth Dr., Vera	Gerich, Sven
Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim	Gores, Wolfgang (bis 05.05.2011)
Horschler, Dieter	Gretz-Roth Dr., Vera
Imholz, Axel	Güler, Sibel
Karipidou, Sofia	Hagenmüller, Axel
Kessler, Hans-Martin	Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim
Kienast-Dittrich, Renate	Hebenstreit, Anita (ab 20.09.2011)
Knauer, Christa	Herber, Wolfgang (bis 05.05.2011)
Koch, Karsten	Hinninger, Christiane
Konaka, Meropi	Hoffmann, Annabelle
Kötschau, Sven	Horschler, Dieter
Kracht, Annegret	Imholz, Axel (bis 01.09.2011)
Lerschmacher Dr., Karin	Jentsch Dr., Doris
Lorenz, Bernhard	Kaynak, Evrim
Maaß, Regina	Kessler, Hans-Martin
Manjura, Christoph	Kienast-Dittrich, Renate (ab 06.05.2011)
Michna Dr., Hans-Achim	Kisseler, Felix
Milch, Hannelore	Klein, Lena (bis 19.09.2011)
Mucha, Monika	Knauer, Christa
Müller, Hubert	Koch, Karsten
Nehrbaß, Helmut	Koch, Simone (ab 21.10.2011)
Oschmann, Petermartin	Kötschau, Sven (bis 05.05.2011)
Ott, Manfred	Lerschmacher Dr., Karin
Pfeifer, Rainer	Lorenz, Bernhard
Reichel, Angela	Manjura, Christoph
Reinhardt Dr., Tilli	Maritzen, Ronny
Reiß, Ingrid	Michna Dr., Hans-Achim

Bis 31.03.2011	Ab 01.04.2011, Stand 31.12.2011
Reiß, Thorsten Reitz, Peter Ries, Klaus Röck-Knüttel, Nicole Ruf, Nadine Rzytki, Reinhard Schadt, Peter Schäfer, Margot Schickel, Hans Peter Schiefer, Marion Schlempp, Michael Schreiber, Bettina Schuchalter-Eicke, Gabriela Sommer, Gerhard Spallek, Stefan Spruch, Claudia Thomas, Sarah Tietzen und Hennig, von, Ralf Tollebeek, Torsten Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weinerth, Ulrich Wieltsch, Jens Werner Wilhelmy, Veit	Mucha, Monika Nehrbaß, Helmut Oschmann, Petermartin Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reichling, Ursula (06.05.2011 bis 31.07.2011) Reinhardt, Dr. Tilly (bis 05.05.2011) Reiß, Thorsten (bis 05.05.2011) Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin Dipl. Ing., Gülden Schiefer, Marion Schlempp, Michael Schmitz Dr., Sven Schnaus, Eleonore (ab 01.08.2011) Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Schüler, Ralph (bis 05.05.2011) Schuster, Rainer (bis 05.05.2011) Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Skolik, Helga (bis 05.05.2011) Spallek, Stefan Spruch, Claudia Tatarca, Ümran (ab 06.05.2011) Tollebeek, Torsten (bis 07.10.2011) Uebersohn Dr., Gerhard (ab 20.09.2011) Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard von Garnier, Friederike von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael von Scheidt, Helmut (bis 05.05.2011) Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André (ab 06.05.2011) Weinerth, Ulrich Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd (ab 06.05.2011) Wolf, Gabriele (bis 05.05.2011)

Jahresabschluss 2011

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Wahlperiode 2006 bis 2011 zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse folgende Ausschüsse aus ihrer Mitte gegründet:

- Ältestenausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule und Kultur
- Ausschuss für Soziales
- Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit
- Gesundheitsausschuss
- Revisionsausschuss
- Wahlvorbereitungsausschuss

Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule und Kultur
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss
- Wahlvorbereitungsausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 13 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Die Mitglieder des Magistrats in 2011 waren:

Oberbürgermeister

Dr. Müller Helmut-Georg

hauptamtliche Magistratsmitglieder

Bendel	Detlev
Goßmann	Arno (ab 01.09.2011: Bürgermeister)
Prof. Dr. Ing. Pös	Joachim (bis 11.08.2011)
Möricke	Sigrid (ab 01.09.2011)
Scholz	Rose-Lore
Thies	Rita (bis 11.08.2011)
Imholz	Axel (ab 01.09.2011)
Zeimetz	Birgit

ehrenamtliche Magistratsmitglieder

Bis 05.05.2011	Ab 05.05.2011
Herber, Wolfgang	Coigné, Mechthild
Janke, Rudolf	Gores, Wolfgang
Dr. Jentsch, Doris	Herber, Wolfgang
Laubmeyer, Manfred	Kornmüller-Bolte, Daniela
Roßel, Karl	Kötschau, Sven
Schlempp, Dieter	Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte
Schüler, Ralph	Reiß, Thorsten
Schuster, Rainer	Schlempp, Dieter
Seibert, Johann-Ludwig	Schüler, Ralph
Skolik, Helga	Schuster, Rainer
von Scheidt, Helmut	Skolik, Helga
Winheim, Rosa M.	von Scheidt, Helmut
Wolf, Gabriele	Wolf, Gabriele

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LH Wiesbaden.

3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2011 standen durchschnittlich 4.019 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 984 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamte/Beamtinnen) sowie 3.035 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen).

Jahresabschluss 2011

3.8 Haftungsverhältnisse

Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Sparkasse - ausgenommen solche aus der Begebung von Genussrechtskapital - unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Zweckverband nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 29 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).

Die LH Wiesbaden hat diverse **Ausfallbürgschaften** übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31. Dezember 2011 betrug insgesamt 604.788 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	6.694
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
Kraftwerke Mainz - Wiesbaden AG	0
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WVW Wiesbaden Holding GmbH	185.792
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	146.416
ESWE Versorgungs AG	88.186
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	77.209
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	54.985
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	17.328
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	11.731
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	6.056
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.402
WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH	3.171
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	1.910
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	1.384
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	524
Gesamt	604.788

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben der LH Wiesbaden (ELW) wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation eine Erklärung abgegeben. Danach wird die LH Wiesbaden im Falle eines Ausfalls der Firma InfraServ und, sofern dann für die o. a. getätigten Investitionen keine andere Nutzungsalternativen vorhanden sind, in eine mögliche Sonderabschreibung der ELW in Höhe des bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschrieben Restwertes eintreten.

Vor Eintritt durch die LH Wiesbaden sind allerdings möglicherweise vorhandene Erträge aus den nichtgebührenrelevanten Bereichen der ELW anzurechnen. Die LH Wiesbaden trägt dann lediglich die verbleibende Differenz.

Die LH Wiesbaden hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m²	jährlicher Mietzins
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	8.012,68	1.262.678,40 €
Schillerplatz 1-2	31.12.2014	8.286,00	1.316.835,12 €
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721,20	2.730.906,38 €
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2017	22.628,00	4.048.601,76 €

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p.a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2012	Kosten 2013 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	Mind. p.a. 8.412 Tsd. €	mind. 16.824 Tsd. € (bis 2014)
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger*	Unterschiedlich - je nach Träger	40.427 Tsd €	mind. 43.194 Tsd. € p.a.

* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2013 ff. zu rechnen

Jahresabschluss 2011

3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in der Eröffnungsbilanz sowie in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität).

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LH Wiesbaden wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten (AHK) aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Bei den Geringwertigen Wirtschaftsgütern wird die neue Betragsgrenze über eine Näherungslösung berücksichtigt: bis 410 € netto werden die GWG im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben, Geringwertige Wirtschaftsgüter über 410 € netto bis 1000 € netto werden als einzelne Anlagen über 5 Jahre abgeschrieben. Ansonsten erfolgten die planmäßigen Abschreibungen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommt dabei die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 95% (Gewerbesteuerforderungen) wertberichtigt.

Gewerbesteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100% einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgliedert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO - Doppik).

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Gemäß § 41 Abs. 7 GemHVO wird die Gebührenausgleichsrücklage Friedhöfe nicht mehr als zweckgebundenen Rücklage ausgewiesen, sondern als Sonderposten.

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %, sondern einem Mittelwert (der letzten Jahre) des für langfristige Anleihen erzielbaren Zinssatzes. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhegehalts angesetzt, das der/ die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/ sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen / Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Jahresabschluss 2011

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2011 zugrunde.

Die Berechnung der **Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG und unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie - analog den Pensionsverpflichtungen - unter Verwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % p. a. Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwerbeihilfe in Höhe der Berechtigtenbeihilfe erfolgte nach der kollektiven Methode. Die Anwartschaft auf Waisenbeihilfe wurde nicht berücksichtigt.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LH Wiesbaden dar. Während die Beihilfe für aktive Beamtinnen / Beamte Aufwand der laufenden Periode darstellt, ist für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Ausgeschiedenen eine Rückstellung zu bilden. Bei der Bewertung der Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31. Dezember 2011 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 3.516 € p. a. in Ansatz gebracht.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2011 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen/Beamte dem § 85 b des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD** errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (1% der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausbezahlt wird. Solange es keine entsprechende Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt gibt, wird dieser Differenzbetrag für künftige Leistungsentgelte vorgehalten.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes. Weiterhin sind Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften aufgrund einer vorliegenden Einschätzung des Rechtsamtes eingestellt.

Im Jahresabschluss 2011 wurde im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Abschlüssen eine leicht geänderte Vorgehensweise bei der Ermittlung der **Instandhaltungsrückstellung** gewählt. Es wurden die Maßnahmen zugrunde gelegt, die zum Stand 31.03.2012 einen Betrag von jeweils > 50.000 € aufwiesen, der sich zusammen setzte aus:

Ist 2012 + Obligo 2012 + Obligo 2011

Da sich die Notwendigkeit und die Höhe der Rückstellung inhaltlich aus den einzelnen Maßnahmen ergeben, wurden diese Maßnahmen den betroffenen Ämtern vorgelegt. Bei der Beurteilung ob und in welcher Höhe eine Rückstellung zu bilden sei, legten die Ämter die folgenden Kriterien an:

- o Die Maßnahme muss unbedingt erforderlich sein um ein unmittelbar drohendes Nutzungsverbot oder eine massive Nutzungseinschränkung zu verhindern (bzw. aufzuheben).
- o Die Durchführung muss für das Jahr 2011 vorgesehen gewesen sein, kann aber erst im Jahr 2012 durchgeführt werden.

Der rückstellungsrelevante Anteil an den ausgewählten Maßnahmen wurde auf die Gesamtheit des Instandhaltungsaufwands hochgerechnet.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

Jahresabschluss 2011

4 Tabellenteil

4.1 Anlagenspiegel

Anlagevermögen in Tsd. €	Anlagevermögen									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Gesamte Anschaffungs-/herstellkosten am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge zu AH/HK des Haushaltsjahres +	Abgänge zu AH/HK des Haushaltsjahres -	Umbuchungen zu AH/HK des Haushaltsjahres +/-	Zuschreibungen des Haushaltsjahres +	Abschreibungen des Haushaltsjahres	Abschreibungen kumuliert	Stand am Ende des Haushaltsjahres (2+3-4+5+6-8)	Stand am Ende des Vorjahres		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6.725	1.061	27	11	0	1.334	4.405	3.365	3.627	
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	82.938	6.462	2.654	4.170	0	7.389	54.546	36.368	33.126	
Summe 1.	89.663	7.522	2.682	4.180	0	8.723	58.951	39.733	36.754	
2. Sachanlagevermögen										
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	480.777	4.069	8.457	-5.970	0	25	40	470.379	480.192	
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	545.576	16.785	1.692	65.512	0	8.941	207.070	419.111	345.774	
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.053.085	12.635	1.048	28.517	0	19.645	672.046	421.143	399.926	
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	9	18	6	188	0	19	17	191	5	
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.123	6.356	2.408	4.978	0	6.840	29.432	25.618	21.171	
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	154.983	30.499	3.388	-97.406	0	0	0	84.688	152.113	
Summe 2.	2.280.553	70.361	17.000	-4.180	0	35.470	908.604	1.421.129	1.399.181	
3. Finanzanlagevermögen										
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	460.697	0	38	2.526	0	1.764	10.085	453.101	452.338	
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	46.011	188	704	24.051	0	0	0	69.547	46.011	
3.3 Beteiligungen	176.344	0	0	-2.526	0	0	0	173.818	176.344	
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	42.311	1.188	1.057	-24.254	0	0	0	18.188	42.311	
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	70.700	0	35.000	0	0	0	0	35.700	70.700	
3.6 Sonstige Finanzanlagen	40.952	92	1.139	202	0	0	0	40.108	40.952	
Summe 3.	837.015	1.468	37.937	0	0	1.764	10.085	790.462	828.656	
Gesamtsumme (1. bis 3.)	3.207.231	79.352	57.618	0	0	45.957	977.640	2.251.325	2.264.591	

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2010)	ein bis fünf Jahren (01.01.11 - 31.12.14)	über fünf Jahre (ab 01.01.2015)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49.061	53.414	53.414		
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	24.509	19.645	19.539	106	
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.747	5.041	5.027	14	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	59.096	90.975	90.850	125	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11.316	12.172	11.664	352	156
Summe	150.729	181.247	180.494	597	156

4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2012)	ein bis fünf Jahren (01.01.12 - 31.12.15)	über fünf Jahre (ab 01.01.2016)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	332.264	373.211	54.293	49.301	269.617
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	46.598	38.195	3.515	12.866	21.814
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.489	1.434	1	19	1.414
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	361	268			268
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	13.027	12.385		12.385	
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.191	8.961	8.600	361	
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	2.338	3.318	3.318		
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	14.223	13.193	13.193		
8. Sonstige Verbindlichkeiten	56.226	50.218	49.418		800
Summe	477.717	501.183	132.338	74.932	293.913

Jahresabschluss 2011

4.4 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2011	2011	2011	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Nettoposition	1.259.089.688	0	0	1.259.089.688
II. Rücklagen	149.898.192	-53.868.771	-703.586	95.325.835
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	132.693.665	-50.476.282		82.217.383
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	13.947.731	-2.723.240		11.224.491
<u>Zweckgebundene Rücklagen</u>				
Gebührenausschleichsrücklage Friedhöfe	1.372.835	-669.249	-703.586	0
<u>Sonderrücklage</u>				
Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0			0
IV. Jahresergebnis	-53.868.771			-49.347.508
Eigenkapital	1.355.119.109	-53.868.771	-703.586	1.305.068.015

Hinweis: Der Restbetrag der Gebührenausschleichsrücklage Friedhöfe wurde in 2011 in Vorgriff auf die gesetzliche Neuregelung der GemHVO in einen Sonderposten umgewandelt.

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2011	2011	2011	2011	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	433.747.912	2.099.426	0	8.624.228	440.272.714
Pensionsrückstellung	383.757.261			4.630.572	388.387.833
Rückstellung Altersteilzeit	5.930.945	2.099.426			3.831.519
Rückstellung Beihilfe					
Versorgungsempfänger	44.059.706			3.993.656	48.053.362
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	1.395.883		485.789		910.094
sonstige Rückstellungen	5.166.538	1.586.335	454.523	6.374.687	9.500.367
Rückstellung für Leistungsentgelt	2.154.720	1.217.295		1.187.805	2.125.230
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	0			3.217.959	3.217.959
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	353.926	219.740	134.186	1.968.923	1.968.923
Sonstige Rückstellungen	2.657.892	149.299	320.337	0	2.188.256
Photovoltaikanlage	293.256	49.632			243.625
Künstlerviertel	150.000	99.668			50.332
Altforderungen KGRZ	654.130				654.130
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.240.169				1.240.169
Rechtsstreit Rückforderung	269.000		269.000		0
Zuschuss Handwerkskammer					
sonstige Verbindlichkeiten aus schwebenden Verfahren	51.337		51.337		0
Gesamt	440.310.333	3.685.761	940.312	14.998.915	450.683.175

Jahresabschluss 2011

4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2011	Endstand 2011
	EUR	EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	148.513,53	260.228,06
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen		260.228,06
sonstige durchlaufende Gelder	0,00	1.991,00
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	363.306,39	3.420,19
Summe sonstige Vermögensgegenstände	363.306,39	3.420,19
Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2011	Endstand 2011
	EUR	EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	0,00	0,00
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	0,00	54.036,09
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.716.828,42	4.738.761,64
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.597.786,78	5.673.756,09
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	29.089,19	59.882,81
Erich-Haub-Zais-Stiftung	107.469,23	118.757,67
Georg-Konell-Preis	24.453,89	44.299,69
Christian-Zais-Preis	13.688,73	13.866,42
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	11.269,62	13.619,02
sonstige durchlaufende Gelder	373.013,57	375.814,97
Erbschaft Kubis	113.601,88	128.192,41
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	2.907.510,45	2.976.187,79
Verbindlichkeiten ggü. Land aus Bundesmittel U 3 IM	0,00	90.000,00
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	15.423,60	33.540,09
Bundesanteile Gebühren	5.056,22	7.939,05
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	390.890,28	573.460,28
sonstige Verbindlichkeiten	3.991.466,66	4.435.560,20

4.7 Gesamtergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahr
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.294.029	-11.927.901	-13.466.351	1.538.450
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-31.844.722	-31.859.360	-32.108.559	249.199
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-17.414.147	-16.492.498	-16.812.807	320.310
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.904.813	0	-1.525.367	1.525.367
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-388.482.579	-378.408.000	-366.350.220	-12.057.780
6	Erträge aus Transferleistungen	-161.977.324	-170.668.270	-164.628.237	-6.040.033
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-141.474.518	-103.065.255	-146.155.652	43.090.397
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-9.450.566	-7.428.008	-10.576.113	3.148.105
9	Sonstige ordentliche Erträge	-39.884.771	-20.447.307	-34.677.933	14.230.627
10	Summe der ordentlichen Erträge	-804.727.469	-740.296.598	-786.301.239	46.004.641
11	Personalaufwendungen	181.086.276	163.356.936	186.831.894	-23.474.958
12	Versorgungsaufwendungen	30.322.471	55.310.839	29.398.587	25.912.251
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	131.315.732	85.081.047	127.731.876	-42.650.828
14	Abschreibungen	49.865.165	28.837.535	49.935.427	-21.097.892
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.183.751	21.830.591	21.762.000	68.591
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	86.460.998	86.492.000	85.245.036	1.246.964
17	Transferaufwendungen	388.193.164	400.938.659	383.856.442	17.082.217
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.221.253	-19.753.220	-26.369.833	6.616.613
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	864.206.304	822.094.388	858.391.428	-36.297.041
20	Verwaltungsergebnis	59.478.835	81.797.789	72.090.190	9.707.600
21	Finanzerträge	-27.789.374	-17.579.470	-41.311.040	23.731.570
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.514.716	25.108.000	20.609.139	4.498.861
23	Finanzergebnis	-11.274.658	7.528.530	-20.701.901	28.230.431
24	Ordentliches Ergebnis	48.204.177	89.326.319	51.388.289	37.938.031
25	Außerordentliche Erträge	-1.798.774	0	-10.858.786	10.858.786
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.423.104	0	5.479.462	-5.479.462
27	Außerordentliches Ergebnis	2.624.329	0	-5.379.324	5.379.324
28	Jahresergebnis	50.828.506	89.326.319	46.008.965	43.317.355

Jahresabschluss 2011

4.8 Gesamtergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-688.490	-508.760	-885.136	376.376
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.343.757	-1.192.000	-1.194.437	2.437
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-102.820	-98.420	-122.224	23.804
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-218.973	0	-162.136	162.136
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-34.874.778	-35.957.500	-36.956.866	999.366
6	Erträge aus Transferleistungen	-249.849	-243.550	-244.878	1.328
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-9.688.691	-6.790.113	-11.264.740	4.474.628
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-1.885.076	-1.471.167	-1.949.821	478.654
9	Sonstige ordentliche Erträge	-229.968	-375.607	-323.542	-52.065
10	Summe der ordentlichen Erträge	-49.282.402	-46.637.117	-53.103.782	6.466.665
11	Personalaufwendungen	3.982.731	4.501.983	4.137.891	364.092
12	Versorgungsaufwendungen	96.119	0	71.393	-71.393
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.802.332	8.647.330	7.493.400	1.153.930
14	Abschreibungen	4.925.231	4.060.433	6.122.065	-2.061.632
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	0	0
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	8.115.222	8.804.000	8.676.422	127.578
17	Transferaufwendungen	3.741.836	3.980.560	3.709.889	270.671
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.862.762	20.882.510	27.069.022	-6.186.512
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	53.526.233	50.876.817	57.280.083	-6.403.266
20	Verwaltungsergebnis	4.243.831	4.239.700	4.176.302	63.398
21	Finanzerträge	-3.322.044	-690.840	-1.127.604	436.764
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.019.568	4.242.000	1.597.999	2.644.001
23	Finanzergebnis	-1.302.477	3.551.160	470.395	3.080.765
24	Ordentliches Ergebnis	2.941.355	7.790.860	4.646.697	3.144.163
25	Außerordentliche Erträge	-4.904	0	-1.428.523	1.428.523
26	Außerordentliche Aufwendungen	103.814	0	120.370	-120.370
27	Außerordentliches Ergebnis	98.910	0	-1.308.153	1.308.153
28	Jahresergebnis	3.040.265	7.790.860	3.338.543	4.452.317

4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-731.330	-506.880	-799.343	292.463
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-186.936	-255.050	-168.818	-86.232
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-301.781	-444.290	-506.180	61.890
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-17.840	-20.000	-21.877	1.877
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-2.513.995	-103.785	-1.416.815	1.313.030
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-16.403	-73.615	-16.533	-57.082
9	Sonstige ordentliche Erträge	-15.634.073	-15.656.950	-16.940.929	1.283.979
10	Summe der ordentlichen Erträge	-19.402.358	-17.060.570	-19.870.495	2.809.925
11	Personalaufwendungen	16.104.730	16.920.388	16.378.014	542.374
12	Versorgungsaufwendungen	2.553.049	2.621.749	2.419.630	202.118
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.494.507	22.607.985	17.699.737	4.908.248
14	Abschreibungen	3.617.931	2.675.569	3.264.167	-588.598
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	20.977.627	19.478.200	21.560.761	-2.082.561
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	2.058.023	1.911.496	2.118.529	-207.033
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.079	21.850	46.146	-24.296
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	62.845.946	66.237.237	63.486.984	2.750.253
20	Verwaltungsergebnis	43.443.589	49.176.667	43.616.490	5.560.177
21	Finanzerträge	-13.813.932	-1.814.790	-23.445.051	21.630.261
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	-13.813.932	-1.814.790	-23.445.051	21.630.261
24	Ordentliches Ergebnis	29.629.657	47.361.877	20.171.439	27.190.438
25	Außerordentliche Erträge	-20.766	0	-821.050	821.050
26	Außerordentliche Aufwendungen	3.202.613	0	2.678.233	-2.678.233
27	Außerordentliches Ergebnis	3.181.846	0	1.857.183	-1.857.183
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	32.811.503	47.361.877	22.028.621	25.333.255
29	Ergebnis aus dLV	-1.336.180	-1.108.747	-1.398.845	290.098
30	Ergebnis aus Umlagen	-15.403.674	-16.339.796	-15.532.601	-807.195
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-16.739.854	-17.448.543	-16.931.445	-517.097
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	16.071.649	29.913.334	5.097.176	24.816.158

Jahresabschluss 2011

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-47.227	-34.093	-83.579	49.486
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-572.586	-578.590	-604.173	25.583
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-571.196	-184.710	-443.504	258.794
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	-71.813	71.813
6	Erträge aus Transferleistungen	-829	-5.000	-3.310	-1.690
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-3.865.919	-1.285.900	-832.045	-453.855
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-11.344	-103.743	-11.568	-92.175
9	Sonstige ordentliche Erträge	-170.150	-90.929	-564.608	473.679
10	Summe der ordentlichen Erträge	-5.239.251	-2.282.965	-2.614.600	331.636
11	Personalaufwendungen	9.516.894	7.691.463	9.335.891	-1.644.428
12	Versorgungsaufwendungen	957.573	2.688.060	921.801	1.766.259
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.534.240	3.629.628	3.248.535	381.093
14	Abschreibungen	216.312	621.628	254.144	367.485
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	9.246	0	9.246
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	793.968	1.007.771	781.897	225.874
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.662	9.830	3.016	6.814
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	18.022.649	15.657.626	14.545.283	1.112.343
20	Verwaltungsergebnis	12.783.398	13.374.661	11.930.683	1.443.979
21	Finanzerträge	0	0	-36.952	36.952
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	0	0	-36.952	36.952
24	Ordentliches Ergebnis	12.783.398	13.374.661	11.893.730	1.480.931
25	Außerordentliche Erträge	-38.557	0	-855.295	855.295
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.336	0	371.285	-371.285
27	Außerordentliches Ergebnis	-36.221	0	-484.010	484.010
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	12.747.177	13.374.661	11.409.720	1.964.941
29	Ergebnis aus dLV	-495.593	-376.838	-308.821	-68.017
30	Ergebnis aus Umlagen	1.179.034	1.826.591	1.834.956	-8.365
31	Ergebnis aus internen Leistungen	683.441	1.449.753	1.526.135	-76.382
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	13.430.618	14.824.414	12.935.855	1.888.560

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.073.276	-8.625.210	-9.256.678	631.468
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.938.036	-1.721.000	-1.917.594	196.594
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-4.164.276	-4.235.640	-3.710.665	-524.975
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-10.980	0	-82.832	82.832
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-67.771	-40.480	-154.081	113.601
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-59.741	-30.070	-33.032	2.962
9	Sonstige ordentliche Erträge	-875.372	-669.190	-1.198.695	529.505
10	Summe der ordentlichen Erträge	-16.189.451	-15.321.590	-16.353.576	1.031.986
11	Personalaufwendungen	29.425.207	32.647.450	29.874.883	2.772.567
12	Versorgungsaufwendungen	9.772.200	10.824.375	9.795.206	1.029.169
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.331.866	8.693.513	10.413.238	-1.719.725
14	Abschreibungen	2.647.255	2.912.877	2.413.637	499.240
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-5.909.989	0	-5.909.989
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	2.057.440	3.866.345	1.743.371	2.122.974
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	458.230	434.600	488.266	-53.666
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	53.692.198	53.469.171	54.728.601	-1.259.430
20	Verwaltungsergebnis	37.502.747	38.147.581	38.375.025	-227.444
21	Finanzerträge	0	0	-3.492	3.492
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	0	0	-3.492	3.492
24	Ordentliches Ergebnis	37.502.747	38.147.581	38.371.533	-223.952
25	Außerordentliche Erträge	-1.309.047	0	-10.406.152	10.406.152
26	Außerordentliche Aufwendungen	534.083	0	694.052	-694.052
27	Außerordentliches Ergebnis	-774.964	0	-9.712.100	9.712.100
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	36.727.783	38.147.581	28.659.433	9.488.148
29	Ergebnis aus dLV	-4.268	135.455	32.596	102.860
30	Ergebnis aus Umlagen	-9.756.748	-11.739.064	-9.727.032	-2.012.032
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-9.761.015	-11.603.608	-9.694.436	-1.909.172
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	26.966.768	26.543.973	18.964.997	7.578.976

Jahresabschluss 2011

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-58.231	-177.550	-62.866	-114.684
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.419.774	-7.795.610	-7.384.159	-411.451
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.245.699	-1.157.175	-1.479.952	322.777
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-6.275	0	-8.597	8.597
6	Erträge aus Transferleistungen	-10.050	-80	-10.480	10.400
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-537.454	-1.862.829	-883.925	-978.904
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.777.146	-2.166.152	-3.863.523	1.697.371
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.987.149	-21.610	-292.407	270.797
10	Summe der ordentlichen Erträge	-15.041.777	-13.181.006	-13.985.908	804.902
11	Personalaufwendungen	21.609.248	18.376.054	21.219.367	-2.843.313
12	Versorgungsaufwendungen	1.789.755	3.610.570	1.805.129	1.805.441
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.290.794	28.749.091	30.591.360	-1.842.269
14	Abschreibungen	19.493.535	18.352.509	19.589.569	-1.237.060
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-12.880	200.000	-212.880
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	146.156	100.100	147.916	-47.816
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.643	79.600	26.364	53.236
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	73.354.132	69.255.045	73.579.705	-4.324.661
20	Verwaltungsergebnis	58.312.355	56.074.039	59.593.797	-3.519.758
21	Finanzerträge	-713	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	321	0	33	-33
23	Finanzergebnis	-392	0	33	-33
24	Ordentliches Ergebnis	58.311.963	56.074.039	59.593.830	-3.519.791
25	Außerordentliche Erträge	-406.334	0	-161.704	161.704
26	Außerordentliche Aufwendungen	108.809	0	1.353.961	-1.353.961
27	Außerordentliches Ergebnis	-297.524	0	1.192.257	-1.192.257
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	58.014.439	56.074.039	60.786.087	-4.712.048
29	Ergebnis aus dLV	-3.447.927	-2.526.942	-3.143.524	616.582
30	Ergebnis aus Umlagen	-7.498.765	-3.881.309	-7.496.723	3.615.414
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-10.946.692	-6.408.251	-10.640.247	4.231.996
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	47.067.747	49.665.788	50.145.840	-480.052

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.102.630	-1.220.420	-1.724.784	504.364
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.862.657	-477.900	-541.193	63.293
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.711.682	-2.256.553	-2.577.924	321.371
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-6.769	0	-10.415	10.415
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-14.702.770	-8.159.606	-10.591.157	2.431.551
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.591.706	-2.634.967	-3.833.595	1.198.628
9	Sonstige ordentliche Erträge	-7.730.719	-888.842	-1.234.969	346.127
10	Summe der ordentlichen Erträge	-36.708.934	-15.638.288	-20.514.038	4.875.750
11	Personalaufwendungen	23.015.876	14.581.659	19.532.099	-4.950.439
12	Versorgungsaufwendungen	1.667.271	4.973.966	1.329.579	3.644.388
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.962.688	25.455.610	32.167.312	-6.711.701
14	Abschreibungen	7.139.668	1.700.995	8.852.022	-7.151.026
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-3.781.615	0	-3.781.615
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	24.420.704	21.918.281	24.240.318	-2.322.037
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	54.564	57.700	50.295	7.405
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	94.260.769	64.906.597	86.171.623	-21.265.025
20	Verwaltungsergebnis	57.551.835	49.268.309	65.657.585	-16.389.276
21	Finanzerträge	-64	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	-64	0	0	0
24	Ordentliches Ergebnis	57.551.771	49.268.309	65.657.585	-16.389.276
25	Außerordentliche Erträge	139	0	-3.931	3.931
26	Außerordentliche Aufwendungen	288.051	0	222.634	-222.634
27	Außerordentliches Ergebnis	288.190	0	218.703	-218.703
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	57.839.961	49.268.309	65.876.288	-16.607.979
29	Ergebnis aus dLV	1.450.160	800.746	1.170.441	-369.695
30	Ergebnis aus Umlagen	8.054.474	6.855.174	6.986.201	-131.027
31	Ergebnis aus internen Leistungen	9.504.634	7.655.919	8.156.642	-500.723
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	67.344.595	56.924.228	74.032.929	-17.108.701

Jahresabschluss 2011

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-756.369	-676.558	-763.366	86.808
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.123.447	-5.204.980	-5.178.825	-26.156
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-5.666.788	-5.427.870	-5.357.008	-70.862
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-162.081.377	-170.826.740	-164.648.401	-6.178.339
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-26.972.870	-27.091.238	-28.369.178	1.277.940
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-177.485	-44.544	-183.257	138.713
9	Sonstige ordentliche Erträge	-4.265.331	-2.228.403	-2.014.653	-213.750
10	Summe der ordentlichen Erträge	-205.043.668	-211.500.333	-206.514.688	-4.985.645
11	Personalaufwendungen	63.767.754	53.759.442	66.541.517	-12.782.075
12	Versorgungsaufwendungen	4.643.284	5.607.539	4.667.580	939.959
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.720.478	-17.626.363	16.434.874	-34.061.237
14	Abschreibungen	7.874.948	5.733.807	7.796.358	-2.062.552
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	206.124	3.559.260	1.239	3.558.021
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	362.414.788	376.005.276	358.419.089	17.586.187
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.507	35.090	17.538	17.552
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	457.643.881	427.074.052	453.878.196	-26.804.144
20	Verwaltungsergebnis	252.600.214	215.573.719	247.363.508	-31.789.789
21	Finanzerträge	-5.285	0	-9.702	9.702
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.000	0	0	0
23	Finanzergebnis	-286	0	-9.702	9.702
24	Ordentliches Ergebnis	252.599.928	215.573.719	247.353.806	-31.780.087
25	Außerordentliche Erträge	-18.556	0	-17.023	17.023
26	Außerordentliche Aufwendungen	367.450	0	13.627	-13.627
27	Außerordentliches Ergebnis	348.894	0	-3.396	3.396
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	252.948.822	215.573.719	247.350.410	-31.776.691
29	Ergebnis aus dLV	1.040.173	1.058.244	1.153.223	-94.979
30	Ergebnis aus Umlagen	22.688.224	23.642.956	24.540.147	-897.191
31	Ergebnis aus internen Leistungen	23.728.397	24.701.200	25.693.370	-992.170
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	276.677.219	240.274.919	273.043.780	-32.768.861

Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	3	4	5	6	7
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.213.458	-1.195.950	-1.660.871	464.921
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.085.043	-17.018.230	-17.508.235	490.005
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-338.049	-297.190	-412.303	115.113
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-99.327	-60.000	-95.800	35.800
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-163.197	-61.530	-515.960	454.430
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-10.430	-4.170	-715.973	711.803
9	Sonstige ordentliche Erträge	-3.009.720	-1.266.989	-2.205.747	938.758
10	Summe der ordentlichen Erträge	-15.919.223	-19.904.059	-23.114.889	3.210.830
11	Personalaufwendungen	21.318.916	23.882.463	24.870.056	-987.593
12	Versorgungsaufwendungen	1.607.075	4.194.580	2.006.253	2.188.327
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.552.342	20.727.175	22.842.179	-2.115.004
14	Abschreibungen	2.282.978	900.582	2.424.444	-1.523.862
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-1.727.391	0	-1.727.391
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	43.921	109.950	115.212	-5.262
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.766	490.620	67.363	423.257
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	43.848.999	48.577.979	52.325.507	-3.747.529
20	Verwaltungsergebnis	27.929.776	28.673.920	29.210.619	-536.699
21	Finanzerträge	-1.387.625	-810.000	-527.122	-282.878
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.417	0	715	-715
23	Finanzergebnis	-1.386.208	-810.000	-526.407	-283.593
24	Ordentliches Ergebnis	26.543.568	27.863.920	28.684.212	-820.292
25	Außerordentliche Erträge	-10.557	0	-22.155	22.155
26	Außerordentliche Aufwendungen	23.577	0	266.041	-266.041
27	Außerordentliches Ergebnis	13.020	0	243.887	-243.887
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	26.556.588	27.863.920	28.928.098	-1.064.178
29	Ergebnis aus dLV	669.850	59.999	807.426	-747.427
30	Ergebnis aus Umlagen	737.454	-364.552	-604.947	240.395
31	Ergebnis aus internen Leistungen	1.407.304	-304.553	202.479	-507.032
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	27.963.892	27.559.367	29.130.577	-1.571.210

Jahresabschluss 2011

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2010	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.517.496	-2.587.490	-2.447.496	-139.994
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-423.351.082	-414.365.500	-403.226.676	-11.138.824
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-102.339.233	-71.250.000	-114.657.231	43.407.231
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.691.388	-3.841.914	-3.868.453	26.539
9	Sonstige ordentliche Erträge	-6.442.226	0	-10.549.467	10.549.467
10	Summe der ordentlichen Erträge	-538.341.425	-492.044.904	-534.749.323	42.704.419
11	Personalaufwendungen	310.382	0	3.217.959	-3.217.959
12	Versorgungsaufwendungen	7.428.383	20.790.000	6.524.802	14.265.198
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	231.149	1.491.738	1.828.042	-336.304
14	Abschreibungen	11.517.768	0	11.463.151	-11.463.151
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	10.215.759	0	10.215.759
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	94.576.221	95.296.000	93.921.458	1.374.542
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	60	0	200	-200
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	114.063.963	127.793.497	116.955.612	10.837.885
20	Verwaltungsergebnis	-424.277.462	-364.251.407	-417.793.711	53.542.304
21	Finanzerträge	-15.903.799	-15.645.520	-18.416.324	2.770.804
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.527.546	29.350.000	22.206.390	7.143.610
23	Finanzergebnis	2.623.747	13.704.480	3.790.066	9.914.414
24	Ordentliches Ergebnis	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645	63.456.719
25	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
27	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645	63.456.719
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-421.653.715	-350.546.927	-414.003.645	63.456.719

4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

(Stand 16.11.2012, Angaben in Tsd. €)

Bezeichnung	Überleitung aus 2010	Ansatz 2011	aktualisierter Ansatz 2011	Ist 2011	Restbudget 2011 / max. Überleitung
Dezernat I					
Ist >= 100.000 €					
I.02969 52 Neubau Kunstrasen SP Niederfeld	921	0	896	863	33
I.03049 52 Neubau Kunstrasen SP Naurod	0	0	896	798	98
I.03489 52 INV-Zuschuss Gasreglerstation	0	0	676	676	0
I.03413 52 Neubau Gewerbe Pl. d. Dt. Einheit	0	0	376	376	0
I.01701 52 Neubau Sporthalle E. -Heuss- Schule	9.561	7.500	15.543	225	15.319
I.02688 20 mattiaqua Investitionszuschuss	0	200	200	200	0
I.02628 10 BGH Erbenheim Sanierung	307	0	1.112	159	953
I.03399 20 Inv.zuschuss für Kurhaussanierung	0	0	126	126	0
Ist < 100.000 €	9.340	3.602	11.788	209	11.579
Beschaffungen	2.954	1.083	4.254	1.487	2.768
Gesamt	23.083	12.385	35.868	5.119	30.749
Dezernat II					
Ist >= 100.000 €					
I.00599 36 Sonnenberg Hochwasserschutz	1.600	252	1.852	1.104	748
I.03155 36 Dambach Abtrennung	0	0	832	832	0
I.00790 36 AKK Käsbach städtebaul. Vertrag	281	0	286	286	0
I.02821 36 Klarenthaler Str.101/113	163	0	203	195	08
I.00581 36 Gaswerk Bahnhofstr. Sanierung	514	575	329	144	185
I.02627 36 Kessel/Wellritzbach Abtr.Umsetzung	2.290	1.900	4.190	113	4.077
Ist < 100.000 €	2.864	746	4.859	290	4.569
Beschaffungen	136	43	195	71	124
Gesamt	7.849	3.516	12.746	3.036	9.711
Dezernat III					
Ist >= 100.000 €					
I.02551 80 Parkhaus Theater Generalsanierung	985	0	987	822	165
I.03483 93 Inv.kostenzuschuss Kurhaus Tische/S	0	0	382	382	0
I.03482 93 Inv.kostenzuschuss Kurhaus Regiepult	0	0	240	240	0
Ist < 100.000 €	1.215	4.000	5.230	48	5.181
Beschaffungen	1.813	1.825	4.537	1.296	3.241
Gesamt	4.012	5.825	11.375	2.789	8.587

Jahresabschluss 2011

Bezeichnung	Überleitung aus 2010	Ansatz 2011	aktualisierter Ansatz 2011	Ist 2011	Restbudget 2011 / max. Überleitung
Dezernat IV					
Ist >= 100.000 €					
Einzelmaßnahmen					
I.01228 66 WIN Parkplatz Berliner Straße	1.513	0	1.513	766	747
I.01809 66 WIN Berliner / Wandersmannstraße	745	0	745	736	09
I.02012 66 WIN Pl.d.dt. Einheit-Verkehrsführung	772	0	703	688	15
I.00620 66 AIN Ernst-Galonske-Straße II. BA	618	0	470	457	13
I.00150 66 WIN Fußgängerzone - Neugestaltung	308	705	637	421	216
I.01068 66 WIN K 658 Ortsdurchfahrt Hessloch	309	0	260	250	10
I.01111 66 WIN Goerdelerstraße - Neubau	399	0	696	194	501
I.01857 66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 1.B	696	200	896	137	759
I.03039 66 WIN Schloss Freudenberg Parkplatz	0	0	375	113	262
I.01512 66 ZU WIN Bernhard-May-Str. -Überführung	116	0	100	100	0
Programme					
Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	600	800	1.400	844	556
Bushaltest. - ben.freundl Umgest INV	245	250	495	192	303
Fahrbahndeckenprogramm INV	1.251	1.050	4.398	3.721	677
Dorfplatzprogramm INV WI	496	260	756	302	454
Erschließungsmaßnahmen	0	2.100	387	387	0
Fußgängersicherung und Verkehrsberuhigung	164	170	307	134	173
Gehwegprogramm INV	525	350	875	529	345
Lichtsignalanlagen INV	34	220	250	180	70
Verkehrssicherung Fahr-/Gehwege INV	0	530	539	284	255
Stadtumbau Kostheim/Kastel 66/61INV	2.590	0	2.451	2.363	88
Beseitigung Unfallschwerpunkte INV WI	162	150	312	158	154
Verkehrsmanagement INV	867	155	827	757	70
Wirtschaftswege INV	80	120	200	163	37
Ist < 100.000 €	5.231	16.188	8.109	437	6.118
Beschaffungen	237	603	840	304	536
Gesamt	17.958	23.851	28.541	14.616	12.370
Dezernat V Schulen					
Ist >= 100.000 €					
Projekte					
I.01896 40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	158	0	6.862	6.860	02
I.00252 40 A.-Stifter-Schule Ersatzbau Grundschul	1.399	200	1.408	2.016	-608
I.00003 40 Kerschensteinerschule Erweiterung 2	0	0	18	918	-900
I.00251 40 W-H-v-Riehl-Sch. Generalsanierung	0	0	0	395	-395
I.00546 40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	992	3.000	3.947	358	3.588
I.02963 40 JVS Karl-Gärtner-Schule	0	0	480	324	156
I.02962 40 JVS L.-Beck-Schule	0	0	348	269	79
I.00232 40 Leibnizschule Altbau Generalsan.	0	0	0	205	-205
I.00217 40 Fr.-v-Schiller-Sch. Auß.stelle Neubau	0	0	0	165	-165
I.00228 40 W.-v.-Siemens-Schule Generalsanierung	0	0	75	144	-69
I.03098 40 August-H.-Francke-Schule Turnhalle	0	0	323	133	190
Programme					
Betreuung in Grundschulen	1.078	0	1.984	1.309	675
Betreuung in Sekundarstufe I + II	70	0	1.269	1.199	70
Schulbudget Beschaffungen	341	0	1.074	830	244

Bezeichnung	Überleitung aus 2010	Ansatz 2011	aktualisierter Ansatz 2011	Ist 2011	Restbudget 2011 / max. Überleitung
Dezernat V Schulen					
Ist < 100.000 €	1.174	2.055	3.389	314	3.076
Beschaffungen (ohne Schulbudget)	13	10	380	544	-164
Gesamt	5.225	5.265	21.556	15.982	5.574
Dezernat V Kultur					
Ist >= 100.000 €					
I.01834 41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	3.700	0	4.167	3.832	335
I.01870 41 Namentliches Gedenken Michelsberg	986	0	986	678	308
I.00612 41 Errichtung eines Stadtmuseums	0	1.900	1.900	201	1.699
Ist < 100.000 €	1.043	1.984	3.041	269	2.772
Beschaffungen	118	124	272	159	113
Gesamt	5.846	4.008	10.366	5.138	5.227
Dezernat VI					
Ist >= 100.000 €					
Einzelmaßnahmen					
I.02577 51 Inv.Zusch.Bodelschw. Ersatzneubau	200	300	603	603	0
I.02756 5102 AWO Unter d.Eichen Ersatzneubau	0	500	500	500	0
I.02831 51 KT Künstlerviertel Neubau	78	0	78	146	-67
I.03412 510203 Schaffung neue Krippenplätze AK	0	0	626	125	501
I.03427 51 Kita St. Bonifatius San.FiWi-Zusetz	0	0	1.350	113	1.238
I.01577 510203 Erweit. kath. KT Maria Aufnahme	167	0	167	100	67
Programme					
Wohnungsbau Dez. VI	3.834	610	4.444	912	3.532
Ist < 100.000 €	11.537	0	15.232	786	14.446
Beschaffungen	887	401	1.480	762	718
Gesamt	16.704	1.811	24.480	4.046	20.434
Die Investitionsmittel im Budget VI wurden um 30 Mio. Eigenkapitaleinlage WVV bereinigt, der erst nach dem Datenabzug eingespart v					
Dezernat VII					
Ist >= 100.000 €					
Einzelmaßnahmen					
I.02625 67 Neugestaltung G und KSP Schulberg	57	407	464	462	02
I.02504 67 Erweiterung Friedhof Breckenheim	292	0	292	298	-05
I.02188 67 Aussichtsturm am Mainhafen AKK	238	0	238	242	-04
I.01822 67 G Max-Planck-Park Neubau Grünzug	278	0	278	149	128
I.01710 67 Fasanerie Entwicklungskonz.-Gehegeb	120	0	160	128	33
Programme					
Kinderspielplatzprogramm Dez. VII	208	600	907	567	340
Ist < 100.000 €	1.378	315	1.731	490	1.240
Beschaffungen	1.067	443	1.557	935	622
Gesamt	3.638	1.765	5.628	3.272	2.356